

Er scheint
an allen Werken.
Bezugspreis
für Monat Dezember 20.
in der Verlagsstelle 250.
in den Ausgabestellen 260.
durch Zeitungsboten 300.
am Postamt 275.
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Fernsprecher: 4246, 2278.
3110, 3249.
Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 40.— M.
Reklameteil 120.— M.
Für Anträge aus
Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.
Telegrammadresse:
Tageblatt Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Polsche Vertragstreue und Toleranz.

Das für uns wertvolle öffentliche Eingeständnis planmäßiger Entdeutschung der Westgebiete Polens mit allen Mitteln, das die unlängst erwähnten Artikel des „Kurjer Pozn.“ auch seitens eines hohen Beamten in aller Öffentlichkeit macht, nehmen wir zu gelegentlichem Gebrauch zur Kenntnis. Nicht unüberwunden aber darf die Art sein, mit der der Verfasser des Aufsatzes „Deutsche Loyalität“ hier und in einem früheren Aufsatz diese Entdeutschung historisch zu rechtfertigen sucht, indem er die geschichtlichen Vorgänge völlig in ihr Widerspiel verkehrt. Der Verfasser fährt den bekannten Aufsat vom 15. Mai 1815 an, der den Polen eigene Sprache, Religionsfreiheit, den Zutritt zu den öffentlichen Ämtern usw. verspricht, und er geht dann über zu Flottwell und seiner Tätigkeit als Oberpräsident, wobei er die Frage aufwirft, ob diese Persönlichkeiten wohl geehrt werden, das erwähnte Versprechen von 1815 zu erfüllen. Dabei unterstellt der Verfasser aber die ganze bedeutungsvolle Entwicklungszeit von 1815 bis zur Ernennung Flottwells, die einen mit nicht ermüdender Mühe immer wieder gemachten Versuch der preussischen Regierung darstellt, die polnische Bevölkerung zu loyalen Bürgern unter Gewährleistung ihrer völkischen Rechte zu gewinnen. Wo ist von „ermahnender Unterdrückung“ etwas zu spüren, wenn der Oberpräsident Jerboni die Spofetti deutsche Rückwanderer aus Konarepolen, die im Posener Bezirk Land haben wollten, mit der Begründung zurückwies, daß das Land hier für die polnischen Bauern reserviert sei? Aber weiter; all das, was der Verfasser in Flottwells Maßnahmen vermessen zu müssen glaubt, ist ja in weitem Maße gewährt worden: nicht nur erhielt das Land in Schöpfung seiner Traditionen den besonderen Namen eines Großherzogtums mit einem polnischen Statthalter an der Spitze, sondern 1823 auch die Provinz ihren Landtag, und die Kreisverwaltung ging in die Hände der in den Kreisen gewählten polnischen Landräte über; die Verwaltungssprache war zwar offiziell deutsch, es blieb jedoch jedem überlassen, in der ihm genehmen Sprache Eingaben zu machen und zu verhandeln. Ja, die Prozesse wurden zum großen Teil in polnischer Sprache geführt. Die Verfügungen und Erlasse waren zweisprachig. Die Rücksicht ging so weit, daß das preussische Staatswappen hier in der Form des preussischen Adlers mit einem polnischen Adler als Brustschild geführt wurde. Wenn Eingekerkerte nicht in der genügenden Zahl als hohe Beamte eingestellt werden konnten, so lag der Grund darin, daß sich niemand zur großen Staatsprüfung gemeldet hatte. Es war aber eine bedeutende Anzahl Polen und polonisierter Deutscher in mittleren Stellen als Beamte beschäftigt; es sei z. B. auch an die Wäpster erinnert.

Diese ganze Zeit von 1815—1830 charakterisiert sich daher als eine Zeit redlicher Bemühung der preussischen Regierung, dem polnischen Bevölkerungsteil das zutun zu lassen, was er billig nach dem Erlaß von 1815 erwarten konnte, und unter Hintanhaltung berechtigter Wünsche der zahlreichen deutschen Bevölkerung. Und wenn nun der Kurs wechselte und mit Flottwell für 10 Jahre eine anders gerichtete Politik einsetzte, so wundern wir uns billig, daß der Verfasser des Aufsatzes aus dem „Kurjer“ den Grund nicht anführt. Ist ihm der polnische Novemberaufstand nicht bekannt? Wenn er auch in Polen nicht zum Ausbruch kam, so waren doch an vielen Orten Freischaren gebildet und die Verbindung mit den Revolutionären aufgenommen worden. Die Stellung des polnischen Klerus zur Regierung, die ablehnende Haltung des Adels dem Entgegenkommen Preußens gegenüber ließen in Verbindung mit dem Aufstand mit völliger Deutlichkeit erkennen, daß die polnische Bevölkerung nicht gesonnen war, als loyale Staatsbürger sich mit dem Schutz ihres Volkstums zu begnügen, sondern die politische Wiederherstellung forderte. Man kann mit Recht die Geduld bewundern, mit der Preußen immer wieder im Guten versuchte, der polnischen Bevölkerung trotz noch folgender weiterer Aufstände gerecht zu werden. Wie soll der Staat seinen Bürgern gegenüber loyal sein, wenn sie für sich es ablehnen, ihm gegenüber loyal zu sein? Jahrzehntelange Agitation und Verhetzung haben es in Vergessenheit gebracht, daß seit der letzten Teilung Polens nicht weniger als fünf Aufstände erwiesen hatten, wie der größte Teil des Klerus und des Adels sich mit der Eingliederung in das preussische Staatswesen nicht abgefunden hatte. Erst nach 80-jährigen immer erneuten Versöhnungsversuchen wurde die preussische Polenpolitik (1872) begonnen, zu einem Zeitpunkt, als die wirtschaftliche Erstickung des Polentums so bedrohlich war, daß sie das Staatswesen in seinem Bestande gefährdete. Man braucht nur in der Ueberlegung das Verhältnis von Deutschland und Polentum staatsrechtlich umzukehren und zu fragen, was auch nur nach einem einzigen Aufstand der Deutschen in Westpolen oder nach ihrer Verbindung mit einem Landesfeind — nach der Wiederherstellung — von ihnen übrig geblieben wäre, um sich auf einen zweiten vorzubereiten. — und man sieht nicht nur die ganze Abgeschmacktheit der Vorwürfe gegen die preussische Regierung, sondern die Unaufrichtigkeit der Begründung der jetzigen Maßnahmen gegen das Deutschum als Vergeltung für die

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die „Nacjonalita“ bringt eine Reihe von Informationen aus Genf. Der Vorsitzende Calonder erklärte den Pressevertretern, er werde sich in keinem Falle damit einverstanden erklären, daß an Stelle der Beratungen in der oberösterreichischen Angelegenheit eine deutsch-polnische Konferenz zur Beilegung der allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen tritt. Wenn die deutsche Regierung, den Wünschen der deutschen Presse nachgebend, diesen Gedanken realisieren sollte, so muß sie sich unmittelbar an die polnische Regierung wenden. „Journal de Genève“ zweifelt daran, daß Danzig der Ort künftiger Beratungen der Kommission sein werde. Wahrscheinlich werde, um die Arbeiten der Kommission zu beschleunigen, eine der oberösterreichischen Städte in Betracht gezogen werden. Der Termin zum Beginn der Kommissionsarbeiten wurde auf den 9. Dezember in der Überzeugung festgesetzt, daß bis zu dieser Zeit schon die Vorarbeiten der einzelnen Kommissionen erant sein werden. Mit einer Beendigung der Verhandlungen ist vor Ende Januar 1922 nicht zu rechnen. Seitdem früh fanden nicht offizielle Beratungen zwischen der deutschen und polnischen Delegation statt. Nachmittags um 3 Uhr wurde unter dem Vorsitz Calonders die dritte Sitzung der Konferenz eröffnet. Die bis 8 Uhr abends dauerte. Über das Verfahren der Verhandlungen wurde vollkommene Verständigung erzielt. Eine die bezügliche Mitteilung wird heute veröffentlicht werden. Als Basis des Verfahrens während der Verhandlungen wird der in der vorigen Sitzung durch Minister Diszeste vorgelegte Entwurf mit gewissen Änderungen dienen, die im Laufe der heutigen Verhandlungen eingeführt werden. Infolge der Beschlüsse, der auf der ersten Sitzung gefaßt wurde, und der beide Delegationen beschließen, keine Informationen zu erteilen werden die Delegationen weitgehend über das Arbeitsergebnis der Konferenz einhalten. Es ist anzunehmen, daß die Unterkommissionen nicht in Genf, sondern an einem anderen Ort beraten werden. Die Sitzung des Völkerbundesrates, in der die oberösterreichische Angelegenheit besprochen werden soll, wird Mitte Januar 1922 stattfinden.

Grenzkontrolle.

Kattowitz, 25. November. (P.M.) Wegen der Zunahme der Grenzbevölkerung zwischen Sosnowice und Kattowitz wurden die Revisionsvorschriften verschärft. Jeder Reisende darf bei sich nur die notwendigen Sachen tragen, dazu gehören Lebensmittel. Im Falle der Ausfuhr von Waren ohne Erlaubnis der betreffenden Behörden werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und mit Gefängnis bestraft.

Der Aufkauf Oberschlesiens.

Kattowitz, 25. November. Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ berichten, daß die oberösterreichische Industrie immer mehr in die Hände der ausländischen Kapitalisten übergeht. Außer den gewaltigen Anlagen in Königsbrunn, die angeblich schon ganz in französische Hände übergegangen sind, haben die Engländer zahlreiche Gruben in den Kreisen Pleß und Rybnik in Besitz genommen. In den letzten Tagen kauften englische Kapitalisten die große Hütte Hohenlohe an. Der „Oberösterreichische Kurier“ schreibt, daß nach Veröffentlichung der Genfer Entscheidung viele ungewisse Äußerungen in Oberschlesien verlautet wurden. In Kattowitz selbst wurden für 200 Millionen Mark Güter veräußert.

preussischen. Wenn damals von der preussischen Regierung wirklich rigoros vorgegangen worden wäre, wenn beispielsweise der Vorschlag des Posener Kammerdirektors Julius Gruner nach dem Abfall 1807, künftig zur Sicherung deutsche Landwirte und Handwerker anzusiedeln, deutsche Schulen zu gründen, angenommen worden wäre — die Entwicklung Polens hätte eine andere Richtung genommen. Wenn es nach dem Grundgesetz „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ gegangen wäre — so möchten auch wir mit Herrn Kierski sprechen —, so hätte die preussische Regierung wahrlich mehr Recht zur Rigorosität gehabt, als jetzt die polnische gegen die Deutschen. Denn diese Umkehrung des Verhältnisses von Bedrückten zum Bedrückten hat ein sehr lehrreiches Beispiel in der Vergangenheit Polens als selbständiger Staat. Wir bitten, den historischen Sachverständigen des „Kurjer“, sich doch einmal zu dem Verhältnis Preußens zu Polen nach Angliederung an den polnischen Staat, und zu der Behandlung der Dissidenten im 17. und 18. Jahrhundert zu äußern. Vermag er damit die Zwangsmaßnahmen gegen die Deutschen auch zu rechtfertigen? Als 1454 der Preussische Bund Preußen dem König von Polen anbot, erhielt er in der Inkorporationsurkunde neben einer Reihe bedeutender Privilegien das sogenannte Indigenatsrecht, das Recht, daß alle Ämter und Herrschaften nur mit einheimischen Preußen zu besetzen waren. Nicht genug, daß dieses Privileg trotz energischer Proteste durch die preussischen Stände schon sehr bald nach dem Throner Friede nicht gehalten wurde, so wurde der fanatische Katholik, der Pole Hosius zum Bischof von Culm und später Ermland ernannt, nach ihm trotz heftigsten Protestes der Pole Cromer, beide zum unüberwindlichen Schaden des Deutschtums. Mit Hilfe einer auf Preußen staatsrechtlich gar nicht anzuwendenden Verfügung die königlichen Tafelgüter einzuziehen, wurden die dem Polnischen Reichstag nicht gefügigen preussischen Adligen enteignet; so 1564 der greise Alchatus von Behmen, der Vorkämpfer der preussischen Privilegien, so Georg von Konopat so andere. Mit ihren Besitzungen und Ämtern aber wurden in doppeltem Recht bruch polnische Edle belohnt. Als die preussischen Stände sich auch weiterhin auf ihre Privilegien beriefen, wurden sie wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, wurden ihre Wortführer gefangen gesetzt. Gegen das 1454 feierlich zugesicherte wurde auf dem Lubliner Reichstag 1569 durch ein Dekret die Union Preußens mit Polen befohlen. Wie nennt Herr „Civis“ als Jurist dies Verhalten? Sprach etwa vor diese Liquidation Recht und Gesetz? Bekannt er sich trotz dieser Tatsachen etwa zu Starzewski („Die polnische Frage und Europa“), der da behauptet, „selbst das Leben Englands kann, wenigstens im XVI. Jahrhundert mit dieser Gezüglichkeit und Freiheit Polens nicht verglichen

Zeligowskis Abschied.

Wilna, 25. November. In der Sitzung der vorläufigen Regierungskommission gab General Zeligowski einen kurzen Überblick über die Vorfälle des laufenden Jahres und berichtete über das Ergebnis der bisherigen Arbeiten der vorläufigen Regierungskommission. Der General stellte einen bedeutenden Fortschritt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens fest. Er sprach den Direktoren und dem Präses der Kommission seine Anerkennung aus. Zu den mit gutem Erfolg begonnenen sozialen Reformen und der Agrarreform übergehend, erklärte der General, daß die bisherigen guten Ergebnisse der Toleranzpolitik der Nation zu verdanken seien. Der wirtschaftliche Stand des Landes hebt sich und kehrt zu seinem Gleichgewicht zurück. Notwendig jedoch ist die unverzügliche Festigung der Grenzen und die Erleichterung der demobilisierten Offiziere und Soldaten. Die nächste Aufgabe, die die Aufmerksamkeit aller Behörden und Bewohner auf sich ziehen mußte, ist eine günstige Durchführung der Wahl zum Wilnaer Sejm.

Herr Mehrowicz, der auf die Rede des Generals Zeligowski antwortete, erklärte, daß Polen siegreich aus den Verolungen und Niederlagen hervorgegangen ist und gegen allen Überlegenheiten den polnischen Gedanken aufrecht erhalten hat. Heute, da die Herrschaft in die polnischen Hände zurückgegangen ist, haben wir gleiches Recht für alle, über das wir machen werden. Die Schätze unserer Kultur sind allen geöffnet. Wir sichern der Bevölkerung unparteiische Wahlen ohne jeden Druck uniererseits werden uns jedoch bemühen, allen Druck von außen abzuwenden. Am Schluß seiner Ansprache betonte Herr Mehrowicz die Verdienste des Generals Zeligowski als Vertreter des Reiches.

Der General Zeligowski empfing die Vertreter der politischen Gruppen und die Vertreter der Ortsbevölkerung und hielt an diese eine herzliche Abschiedsansprache. Dem General antworteten zahlreiche Redner, die ihr Bedauern über seine Abreise und die Hoffnung ausdrückten, daß das von ihm begonnene Werk einer günstigen Lösung ausführt wird. In der Sitzung war auch der Präsident der vorläufigen Regierungskommission Mehrowicz anwesend.

Die Abschiedsbotschaft Zeligowskis.

Wilna, 25. November. Gestern wurde folgender Erlaß des Oberbefehlshabers der Truppen Mittellitauen über die Wahlen herausgegeben. Indem ich meinen Erlaß vom 26. November d. Js. über die Wahlordnung zum Sejm und die Verordnung über die Anordnung der Wahl zum Sejm auf Grund der obigen Verordnung zurückziehe, beauftrage ich die vorläufige Regierungskommission mit der Bearbeitung der Wahlordnung zum Sejm in Wilna als der Versammlung der Vertreter des Wilnaer Gebiets zur Rundgebung des Volkswillens. Hierbei umfagt das Wahlgebiet die Kreise Wilna, Olsztyn, Trost Sieciechan, Bida und Bracław. — Ancian Zeligowski, Oberbefehlshaber von Mittellitauen, Mehrowicz der Präsident der vorläufigen Regierungskommission.

Das Erscheinen der Wahlordnung wird in der ersten Hälfte der nächsten Woche erwartet.

werden?“ Die Folgen dieses Bruches eines der Hauptprivilegien Preußens sind leicht zu verstehen. Mit den polonisierten Ständesherrschaften und Verwaltungsämtern kam polnisches Recht, polnische Ämter und Umgangssprache, Herabdrückung des zu deutschem Recht stehenden freien Bauern zum hörigen Kmeten, Entrechtung des Bürgers in den kleinen Städten nach Preußen; der große Prozeß der Polonisierung Preußens wurde mit Raffinement durch Gewalt oder Schmeichelei auf allen Gebieten durchgeführt. Und es fehlt selbst nicht das Vorbild für die preussische Schulpolitik. Ein Beispiel für viele: der Kulmer Bischof Szaniawski (1705—20) verfügt, daß die evangelischen Knaben in die katholische Schule zu bringen sind „ad addiscendam linguam polonicam saltem, si non rudimenta fidei?“

Preußen, ein Land, das mit Ausnahme zweier Gebietsstriche weder staatsrechtlich noch bevölkerungspolitisch zu Polen gehört hatte, das zu jener Zeit ganz überwiegend deutsch besiedelt war, sagt allein aus Rücksichten ständischer und bürgerlicher Freiheit, aus sozialen Gründen also, sich von seiner Herrschaft los und gibt sich freiwillig unter Vorbehalt einer begründeten gewissen Selbstständigkeit (siehe auch polnischerseits Kutrzeba, Grundriß der polnischen Verfassungs-geschichte) unter den Schutz des polnischen Staates; in einem dreizehn-jährigen Kampf erstreuet es mit ungeheuren Opfern seine Freiheit — und der Staat, bei dem es seine Freiheit gewährleistet zu finden hoffte, unterdrückt in systematischer Vergewaltigung jedes beschworene Recht, er beraubt das Land seiner Führer, indem er sie gefangen setzt, ihnen den Prozeß macht, ihnen ihre Güter nimmt. Er nimmt dem Land das deutsche Recht, nimmt ihm die Sprache, unterdrückt wider ein eigenes Staatsgesetz (Warschauer Reichstag 1573), das die religiöse Freiheit zusichert, den evangelischen Glauben, — so steht der polnische Unionsgedanke in Wirklichkeit aus „die freiwillige Verbindung freier Völker“ so sieht die viel behauptete polnische Toleranz und Loyalität aus.

Wir möchten nicht erst das große Kapitel aufschlagen, das mit Dissidentenverfolgungen in allen Teilen Polens im 17. und noch mehr im 18. Jahrhundert angefüllt ist. Es hieße ein Buch schreiben, auch nur eine kurze Aufzählung aller Vergewaltigungen und Rechtsbrüche zu geben, die von seinen Polen beangenen sind. Und wir fürchten, daß hier die Wahrheit sagen uns ebenso eine Klage, wenn auch nicht wegen Majestätsbeleidigung zu ziehen könnte wie den preussischen Ständen auf dem Reichstag von 1564. Wir wissen davon ein Lied zu singen. Eine Tatsache sei an Stelle der hundert angeführt. 1730 stellte der Bischof von Posen die evangelischen Bauern seines Dorfes Trebisch vor die Entscheidung, katholisch zu werden oder ihren Besitz aufzugeben. Eine Abschätzung der Besitztungen wird durch eine Kommission vorgenommen, wobei Höfe, deren Wert un-

zweifelhaft 300 Taler betrug, auf 50 geschätzt wurden. Wir enthalten uns jeden Kommentars hierbei im Hinblick auf Vorkommnisse der Gegenwart. Aber nicht genug, bei einer Einladung der Bauern vor den Bischof werden sie gefesselt, in Eisen gefesselt und ins Gefängnis gesetzt, zum Teil mußten sie auf typischen Pfählen liegen. Infolge dieser Quälereien nahmen sieben die katholische Religion an, indem sie zugleich schwören mußten, auch ihre Angehörigen und Nachbarn zum Glaubenswechsel zu bewegen und zu beteuern, daß sie selbst nicht gezwungen worden wären. Schließlich flohen sämtliche Dorfbewohner über die Grenze, und die leeren Besitzungen wurden mit Bauern aus katholischen polnischen Dörfern besetzt. — Die Thorner blutige Tragödie nennen wir nur. Aber schon ein Jahrhundert früher wurden durch die Verfolgung der Evangelischen deutsche Bürger der Stadt Posen zur Abwanderung gezwungen. Da es sich meist um wohlhabende Bürger handelte, und auf die Dauer die Abwanderung sich im Wohlstande der Stadt bemerkbar machte, belegte man damals schon die Abwandernden mit einer Steuer: die Stadt behielt erst ein Zehntel, dann ein Viertel des Vermögens zurück.

Wir fragen, wo lag damals für die Entdeckung der jetzt namhaft gemachte Grund einer Vergeltung deutscher Maßnahmen? Uns scheint, mit größerem Recht hätte die preussische Regierung sich bei ihrer Politik auf die geschichtlich erwiesene Verdrückung des Deutschtums berufen können. Meisterhaft hat es die polnische Publizistik in größtem Stile verstanden, Europa seit einem Jahrhundert irrezuführen, die wahren Verhältnisse umzukehren — sie versteht es noch heute. Aufzuehrt hat sich Polen in der Rolle des Märtyrers gefallen; das aber hat es vergriffen, daß einst nicht mit Unrecht ganz Europa, darunter England, Dänemark usw. voll Staunen und Abscheu auf das Schauspiel blickte, das Rechtsleben und Verwaltung in Polen, und zwar in einem Zeitalter, das sich das der Aufklärung nannte, bot.

Aber wir wollen diese historischen Erinnerungen würdiger abschließen und bekennen, daß es auch gerecht und billig denkende Polen gab und heute gibt. Wir machen keine Gegenrechnung auf, um den Haß zu schüren, sondern um den Haß in seiner ganzen Absurdität zu zeigen. So verweisen wir denn den Historiker des „Kurzer Posenischer“ auf des Posener Wojewoden Stephan Garczyński 1751 erschienene Schrift über die „Anatomie des polnischen Staates“. Wie hier ein polnischer Beamter feststellen mußte, daß bürgerliche und ländliche Arbeit nur bei disziplinierter, evangelischer Bevölkerung blühe, nicht bei der polnischen, so gab er den Rat, durch gerechte Behandlung zu gewinnen, nicht durch Unterdrückung zu entfremden.

Die Abrüstungskonferenz.

Die Frage des fernen Ostens.

Aus Peking wird gemeldet: In einer Ansprache im englisch-amerikanischen Verein erklärte Lord Northcliffe, zu keiner Zeit sei die englisch-amerikanische Freundschaft nützlich gewesen, als augenblicklich. Amerika, Kanada und Tasende von Australiern seien mit einer Fortsetzung des englisch-japanischen Bündnisses durchaus nicht einverstanden. Die Japaner seien augenblicklich in einer ähnlichen Lage, wie Deutschland vor dem Kriege. Dem Namen nach eine Demokratie, werde Japan absolut regiert von vier Männern, deren Absichten man beurteilen müsse, wenn man auf die dauernden Veränderungen der Karte des fernen Ostens und auf die riesenhafte Ausdehnung der japanischen Rüstungen blicke. Daß die japanische Militärpartei den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt sei, könne man aus zahlreichen Veröffentlichungen von ihr schließen. Diese zeigten eine klägliche Unkenntnis der Vereinigten

Staaten, ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrer Flotte und ihrer Fähigkeit, Heere zu organisieren, ferner eine völlige Unkenntnis der Stimmung in Australien. Als Echo des Geistes der Militärpartei Japans erklärten diese Veröffentlichungen höhnisch, die Vereinigten Staaten bräuchten keinen Stützpunkt im fernen Osten, auch wenn sie im fernen Osten bedroht werden sollten.

Northcliffe dürfte mit seiner Rede den führenden Staatsmännern in London, Paris und Washington nicht gerade einen angenehmen Dienst geleistet haben. Denn seine Ausführungen lassen sich zu den von Humanität und kulturellem Fortschritt trogenden Erklärungen, die man den nach Washington gehenden Delegationen als Leitfaden mit auf den Weg gab. Northcliffe stellt eine Tatsache fest, die zwar jeder im politischen Leben erfahrenen längst wisse, die aber doch in London und Washington bisher nie offen zugegeben wurde: Daß es nämlich den treibenden Kräften auf der Abrüstungskonferenz gar nicht um die Herbeiführung einer wahren Abrüstung ankomme, sondern nur darauf, unter humanem Deckmantel ihr eigenes Schicksal möglichst ins Trockne zu bringen.

Die verheißene Lösung des Problems des fernen Ostens ist im Grunde genommen eben nichts weiter, als ein englisch-amerikanischer Versuch, den ungleichen Konkurrenz Japan auf möglichst billige, nachteilige und doch unaufrichtige Weise unglücklich zu machen. Amerika weiß, daß ihm ein sich im bisherigen Tempo weiterentwickelndes Japan in China den Rang ablaufen würde. Ähnliches fürchtet England. Daher das überzeugte Eintreten für die Rechte Chinas, für die „offene Tür“, für Herabsetzung der Zölle und Steuern — doch immer nur in dem Vorhinein, daß Japan am schwächsten dastünde. Als England im fernen Osten so gut wie allein maßgebend war, dachte es nicht daran, die gegenwärtig verschafften Grundzüge in Anwendung zu bringen.

Der Vergleich Japans mit Deutschland ist außerordentlich bezeichnend — und treffend. Das alte Schlagwort von der „schönen Demokratie“, von der „absolutistischen Regierung“ mit genau so, wie feinerget bei Deutschland, dazu gehalten, die lediglich gegen den ungleichen Konkurrenz gerichteten Maßnahmen der Welt schmerzhaft zu machen. Daß darauf noch jemand hereinfällt? Northcliffe scheint es selbst nicht mehr recht zu glauben, denn er tritt unmittelbar darauf für ein englisch-amerikanisches Schutz- und Trugbündnis im Stillen Ozean ein, ohne in der Gile — wer kann auch an alles denken! — zu berücksichtigen, daß England als Hauptstütze des Völkerbundes ja gerade gegen alle „Sonderbündnisse“ sein muß. Privatpolitik!

Amerika und England gegen Japan.

Paris, 25. November. Der Sonderberichterstatter von Havas meldet aus Washington, die von Admiral Cato gemachten Gegenanträge, die abzielen, eine Erhöhung der Japan zugestandenen Tonnage zu erzielen, löste in amerikanischen Kreisen eine lebhafteste Aktion aus, da sie im Widerspruch stünden mit vier Hauptgrundsätzen Hughes'. Die amerikanischen Sachverständigen seien geneigt, für Japan eine befriedigende Lösung zu suchen. Wenn diese den neuen Überdreadnoughts zu behalten gedächte, sei man geneigt, die von Hughes zugestandenen Schiffstypen, die jede Macht behalten könne, zu revidieren. Wenn aber das japanische Verlangen wirklich auf eine Vermehrung der Tonnage abzielen, würde ein Einverständnis schwieriger zu erzielen sein. Die zugestandenen 60 Prozent Tonnage für Japan halte man seinem Rang und seiner wirtschaftlichen Lage entsprechend. Man zeige sich aber den übertriebenen japanischen Vorherrschaftsbestrebungen im äußersten Osten abgeneigt. Was die Verminderung der reinen Defensivschiffe anbetreffe, so seien die amerikanischen Sachverständigen einem Kompromiß günstig gestimmt, wenn es sich nicht um Unterseeboote und leichte Zerstörer handle, was wahrscheinlich sei. Der gleiche Berichterstatter faßt die Ansicht der dem Staatsdepartement nahe stehenden Kreise wie folgt zusammen: Entweder würden die Rüstungen auf der von Hughes vorgeschlagenen Grundlage eingeschränkt oder aber das Beträufte würde fort dauern, dann mit Amerika an der Spitze.

Die Labour-Partei sprach sich in einem Manifest gegen die Erneuerung des englisch-japanischen Vertrages aus und erklärte ihre Sympathie mit den amerikanischen Abrüstungsvorschlägen. Über die irischen Verhandlungen wird erklärt, daß, falls die Konferenz mißlingen sollte, die Arbeiterpartei darauf dringen werde, daß das irische Volk eine Konstitution bekomme, die es verlangt, mit Garantien für die Minderheiten und unter der Bedingung, daß Irland keine militärische oder maritime Bedrohung für England bilde.

China fordert bindende Erklärungen von Japan und Amerika.

Washington, 25. November. „New York Herald“ meldet, daß nach Anhörung des Standpunktes den Admiral Kato

und der Vizeadmiral Sioehara im Namen Japans darlegen ein Mitglied der chinesischen Regierung erklärte, daß Japan auf allen Gebieten nur nichtbindende Erklärungen abgegeben habe; doch müsse China den größten Wert auf bindende Erklärungen legen. Japan soll darauf erklärt haben, daß es die Politik der offenen Tür unterhalte und sein größter Wunsch sei China zu vollen wirtschaftlichen und politischen Rechten zu führen.

Dann wies der „Temps“ zu melden, daß Japan wohl auf Schantung verzichte und sich auch bereit erklärte, den Port Arthur nicht mehr als Kriegshafen zu benutzen, falls es sich nicht absehbare Zugeständnisse in der Südmandschurei erhält. Bezüglich der Insel Japut es zu einer Verständigung zwischen Japan und Amerika gekommen, doch soll man mit der Möglichkeit rechnen, daß ein Bündnis mit China von Seiten Japans geschlossen werde. Man soll bereits zu diesem Zweck an China herangetreten sein und ihm außerordentlich vorteilhafte Bedingungen angeboten haben.

Bezüglich der Marinerrage hat man noch keinen weiteren Schritt gemacht. Wie verlautet, sollen die Vereinigten Staaten ihr Programm als unumstößlich annehmen. Die amerikanischen Marineachverständigen sollen erklärt haben, daß die großen Unterseeboote viel weniger graulich seien als die kleinen, da die große Tonnage ihnen größere, Schiffbrüche aufzunehmen. Amerika müsse unter allen Umständen auf seinen 9000 Tonnage bestehen, da es diese Tonnage ja nur zu Verteidigungszwecken brauche. England aber müßte, daß es die gleiche Tonnage wie Japan, also 4500 Tonnage, erhalte. Die Japaner bestanden auch darauf, daß sie den Überdreadnought „Mutsau“ behalten dürfen und daß ihnen eine größere Anzahl von Flugzeugträgern bewilligt werden. Die amerikanischen Marineachverständigen erklärten jedoch, daß man dies nicht zulassen könne, weil diese Schiffe Offensivschiffe seien und man deren Vermehrung unter keinen Umständen gestatten dürfe.

Ein „zweiter Völkerbund“ für Ostasien.

Paris 25. November. Nach einem Bericht des Washingtoner Sonderberichterstatters des „Intransigent“ hat Briand seiner Befriedigung über die Zustimmung Balfours und des belgischen Votations in seinen Erklärungen Ausdruck verliehen, daß die Konferenz ihren Abschluß in der Bildung eines zweiten Völkerbundes für den fernen Osten finden werde, dem ein entsprechender Gerichtshof beigegeben werden wird.

Die Abrüstung zu Lande.

Washington 26. November. (B.A.) Die Delegierten der fünf Hauptmächte drücken Mittwoch die Abrüstung zu Lande. Briand widerlegte sich energisch und entschiedener einen eingehenden Ausdrucks und erklärte, daß Frankreich der offenen Gefahr die Stirn bieten müsse und seine Armeen nur dann herabsetzen könne, wenn andere Mächte mit ihr die Gefahr teilen. Der Ministerpräsident betonte, daß ohne eine solche Garantie eine Abrüstungsbeschränkung im gegenwärtigen Augenblick unmöglich ist. Die Angelegenheiten wurden einer Kommission überwiesen, der fünf Vertreter der Hauptmächte angehören. Diese Kommission soll einen Bericht für die Abrüstungsarbeiten abgeben.

Die Abrüstung zur See.

Washington 25. November. Der italienische Delegierte in dem Neuaufrüstung hat erklärt, daß Italien notwendig Unterseeboote zu seiner Verteidigung brauche. Er sagte die finanzielle Lage des Landes mache den Bau von Großkampfschiffen schwierig, da diese zu kostspielig seien. Die Italiener vertreten die Auffassung, daß sie im Mittelmeer eine Seemacht haben müßten die derjenigen der stärksten Seemacht im Mittelmeer mit Ausnahme der britischen Flotte gleichkommen müßte.

„Daily Telegraph“ zufolge wird berichtet, daß Frankreich die gleiche Flottenstärke an Schlachtschiffen wie Japan und die gleiche Stärke an U-Booten wie England fordere, ebenso verlange es, daß keine einschränkenden Bestimmungen über die Größe der U-Boote erlassen werden. Japan soll auf ein Verhältnis von 10 zu 10 zu 7 in Schlachtschiffen dringen, anstatt des von Hughes vorgeschlagenen Verhältnisses von 5 zu 5 zu 3.

Amerika fürchtet einen baldigen Krieg.

Der Washingtoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ hatte eine Unterredung mit einem amerikanischen Politiker, der einen maßgebenden Einfluß auf die Politik des fernen Ostens hat. Dieser sagte:

„Die Konferenz bezweckt einen drohenden Krieg abzuwenden. Die japanische Politik ist unermüdlich. Mit bewundernswürdiger Schläuheit und Berechnung spinnt Japan sein Gewebe. Jetzt nach dem großen Kriege sieht man ein, daß Japan die einzige Macht ist, die aus der Zerstörung Chinas Nutzen zieht und die Lage bis aufs Äußerste ausnützt. Wir müssen versuchen, Japan „zu überreden“, die Politik der offenen Tür in China ehrlich durchzuführen. Japan muß auf seinen ehrgeizigen Imperialismus und auf seinen einseitigen Egoismus verzichten und mit den Vorteilen zufrieden sein, die es infolge seiner

ahnung es! Er hat etwas vor mit mir. Ganz sicher! Meine Ahnung, — meine Ahnung!

Da kam er näher heran, räusperte sich, murmelte einen Namen, den ich nicht verstand. „Es sind heute böse Zeiten“, begann er, „ja — und wenn man so allein ist — das Leben — die Sicherheit — man hat keine Gewähr — Sie verstehen —“

Er lächelte. Was lächelte er. Er redete weiter. Vom Tod, von plötzlicher Krankheit und so. Was bezweckte er damit? Was wollte er? Er sprach in Rätseln: Leben — Tod — plötzliche Erkrankung. Und dabei lächelte er immer wieder. Und seine Blicke! Seine Blicke! Jetzt griff er in die Tasche und beugte sich über den Ladekasten! Da überkam mich eine Angst, eine fürchterliche Angst. Er will mir an den Hals, dachte ich. Schon sah ich seine Finger — — — Da schrie ich! — Laut schrie ich: „Hilf! Hilf! Mörder!“ Und stürzte mich in der Verzweiflung auf ihn und schlug ihm mit der Faust auf den Kopf und schrie und schrie — bis die Ladekasten aufgerissen wurde und die Leute kamen —“

(Beitungsnotiz.) In einem Anfall plötzlicher Geistesverwirrung verübte der 73jährige Juncker Moritz Sachs in der — Gasse auf den Versicherungsberechnungen Friedrich Laub, der ihn für eine Lebensversicherung gewinnen wollte, ein Attentat, und verlebte ihn schwer. Die polizeilichen Erhebungen über diesen merkwürdigen Vorfall sind eingeleitet worden.

Kunst und Wissenschaft.

— Literarischer Wettbewerb der Deutschen Gewerbeschau. München 1922. Aus Fachkreisen sind zahlreiche Wünsche nach einer Verlängerung des Wettbewerbes, der eine erfreuliche Beteiligung gefunden hat, eingelaufen. Das Preisgericht hat sich daher entschlossen, weitere Arbeiten noch bis zum 1. Dezember zuzulassen. An dem Zeitpunkt der Entscheidung, die auf den 20. Dezember festgesetzt ist, ändert sich nichts. Die einkommenden Aufsätze sollen sich in irgend einer Form mit der Bedeutung der Deutschen Gewerbeschau, sei es nach der ideellen oder der praktischen Seite, beschäftigen und einen Umfang von 2000 Worten nicht überschreiten, womit indessen nicht gezagt ist, daß nicht auch wesentliche kürzere Arbeiten willkommen sind. Jede schriftliche Form ist zugelassen, auch die der Rede, der Dichtung, des Gedichtes. Bedingungen und Unterlagen werden auf Wunsch von der Geschäftsstelle der Deutschen Gewerbeschau, München, Theresienhöhe 4a, kostenlos zur Verfügung gestellt. Für 15 Arbeiten sind insgesamt 12000 M. (3000 M. für den ersten, 2000 M. für den zweiten, 1000 M. für den dritten Preis) ausgesetzt. Die Ausstellungsleitung behält sich vor, weitere Einsendungen zu erwerben. Die Preise werden unter allen Umständen verteilt.

Der Mordüberfall.

Von Hans von Tann.

— Ich habe mein Geschäft in einer dunklen Seitengasse liegen. Ein Schaufenster. Tagsüber ist der Laden kaum so hell, daß man die Zeitung lesen kann. Auch im Sommer. Jetzt muß ich schon um 4 Uhr Licht anzünden. Und es ist erst Anfangs Oktober. Ich habe meine Stammlundschaft, arme Leute aus dem Viertel. Wenn sie sich verloben, heiraten oder ihre Kinder einsegnen lassen, kommen sie zu mir, kaufen dann Ringe oder eine Brosche. Sie wählen nicht lange und was ich anempfehle, das nehmen sie schließlich. Ich mache auch kleine Reparaturen, löte gebrochene Teelichter, setze mal auch neue Steinchen ein. Sie kennen mich alle in der Umgebung. Den „Juwelensack“ nennen sie mich.

Wenn aber abends aus der benachbarten Destillation Betrunkene kommen, an meinem Laden vorbeistrafeln, dann gittere ich immer. Ich weiß nicht warum. Ich habe Angst. Man hört jetzt so viel von Überfällen. Und ich bin ein alter Mann. Und habe ein Juwelergeschäft, wenn auch ein ganz kleines in einer dunklen Seitengasse.

Mit fremder Randschaft habe ich nur Selten zu tun. Das sind dann Männer aus dem Volke, die einer Dirne ein billiges Geschenk machen wollen. Ich fürchte mich immer vor ihnen, wenn sie in den Laden treten. Aber sie feilschen nicht. Sie suchen ein Stück aus, zahlen, gehen wieder fort. Manchmal wirft einer so einen merkwürdigen Blick durch den Raum. Dann packe ich rasch meine Sachen zusammen und schaue auf die Tür, ob die Gasse leer ist, ob draußen niemand wartet. Man kann doch nicht wissen. Ich bin ein alter Mann und habe niemand. Und jetzt hört man so viel Schreckliches.

„Seit drei Tagen weiß ich, daß man mit auflauert, mich beobachtet. Ich frage mich: wozu? Es ist ein Mann mit einem braunen Überzieher und einem grünen Ledenhut. Am ersten Tage blieb er lange vor der Auslage stehen. Aber sein Blick wanderte hin und her. Ich konnte es durch die Glastüre sehen. Dann kamen Kunden. Ich bediente sie. Sie gingen wieder fort. Der fremde Mann vor der Auslage war aber noch immer da. Als ich in ungewisser Angst auf die Straße heraustrat, da schrie er mir plötzlich den Rücken.

„Am nächsten Morgen kam er wieder. Er blinzelte durch die Glaswand, als ob er sich überzeugen wollte, daß ich auch wirklich ganz allein im Laden wäre. Dann verschwand er.

„Es ist mir völlig unerklärlich, was der Unbekannte vorhat. Aber ich fürchte mich vor ihm. Ich habe sein mürrisches Gesicht beobachtet. Das verriet nichts Gutes. Er scheint Ables im Sinne zu haben. Er sah mir das Geschäft mit so eigentümlich forschenden Augen an.“

„Am Abend war er natürlich wieder da und auch am anderen Tage gegen Mittag. Jein Minuten lang stand er vor dem Laden und betrachtete das Schaufenster. Seltsam! Heute war noch kein einziger Kunde gekommen. Nicht ein einziger! Das geht nicht mit rechten Dingen zu. Ich verstehe das nicht. Und der Mann vor der Auslage! Ich habe mir gesagt: Das ist sicher einer, der seine Stellung verloren hat und nun müßig durch die Straßen geht. Nichts weiter! Aber ich glaube es doch nicht. Es ist nicht wahr. Es kann nicht wahr sein. Der Mann hat böse Absichten. Er weiß, daß ich allein im Geschäft bin und — ja, ich werde die Polizei verständigen, sie bitten, man soll doch in der Nähe Schutzleute bereithalten, für jeden Fall. Man kann doch nicht wissen? Es geschieht doch heutzutage so viel Schreckliches. Und es ist doch so eine kleine, dunkle Nebengasse, wo es lange dauern kann, bis man —“

Aber man wird mich auslachen bei der Polizei. Beweise, werden sie fragen. Was hat man dir getan, werden sie sagen. Es ist dir doch nichts geschehen? Nein — ich will lieber die Anzeige unterlassen. Ich werde den Mann schärfer beobachten, den Obsthändler von nebenan fragen, ob er ihn nicht kennt. Vielleicht ist es wirklich nur ein harmloser Mensch, und meine Angst grundlos. Ich will aber für jeden Fall heute das Geschäft gut abschließen. Morgen wird eine Alarmglocke geklingelt, die zum Portier führt. Er hat hoffentlich nichts dagegen. Und ich fühle mich dann sicherer. Ich bin doch ein alter, alleinstehender Mann und es geschieht jetzt so viel Schreckliches.“

Als ich heute früh den Laden aufperrte, kam er gerade die Straße herauf. Er hatte diesmal eine schwarze Tasche in der Hand. Du lieber Gott! Was mochte wohl in dieser Tasche sein? Einbruchswerkzeug? Ein Revolver? Ich hatte nicht den Mut, ihn zu erwarten. Ich ging rasch ins Geschäft und setzte mich hinten in die kleine Reparaturwerkstätte hin. Da blieb ich hocken. Das Herz zitterte mir. Ich weiß nicht, warum? Es war mir zu Mute, wie vor einem fürchterlichen Gewitter.

Nach einer Weile stand ich auf, ging in den Laden. Nichts! — da stand er. Gerade vor der Auslage. Und schien zu überlegen. Jetzt sah er sich um — erst nach links, dann nach rechts. Die Gasse war leer. Ganz weit hörte man das Rollen von Wagen. Sonst war es still, wie sonst nie um diese Zeit.

Da ging auf einmal die Tür auf. Er trat ein, blickte mich an — du lieber Gott, er blickte mich an — so seltsam blickte er mich an. Mir wurde ganz bange.

„Guten Morgen“, sagte er und blieb einen Schritt vor dem Ladentisch stehen.

„Womit kann ich dienen, mein Herr?“ erkundigte ich mich. Er suchte nach einer Antwort. Ich merkte es genau: er suchte nach einer passenden Antwort. Er wollte nichts kaufen. Oh — ich

günstigen Lage und seiner billigen Arbeitskraft in friedlichem Wettbewerb schon besteht. Das amerikanische Übergewicht zur See ist doch nicht groß genug, um einen Angriff auf Japan unternehmen zu können, obwohl Amerika fünfmal so viel Schiffe bauen kann als Japan. Man ist sich klar darüber, daß Japan aber genötigt sein würde, sofort den Kampf aufzunehmen, damit es nicht allzulebte in Nachteil käme. Tatsache ist also, daß die gegenwärtige Konferenz ein sprechendes Beispiel dafür gibt, daß Amerika nur die Wahl bleibt zwischen einem befriedigenden Ausgleich oder einem baldigen Kriege.

Der Aufstand in der Ukraine.

Den letzten in Warschau von jenseits des Rubons eingetroffenen Nachrichten zufolge, ist das Bild der Aufstandsbewegung in der Ukraine folgendes: Die Gerüchte von einer Einnahme mehrerer Städte, darunter auch Kirows, und überhaupt von Kämpfen großer Abteilungen, sind übertrieben. In Wirklichkeit ist der gegenwärtige Aufstand ein Ausbruch des antikölschen militärischen Terrors. In mehreren Städten waren gleichzeitig die Vertreter der Sowjetmacht, besonders die Tschekisten, ermordet worden. Anfangs beteiligte sich die Bevölkerung nicht an dem Terror: Die Aktion wurde von ukrainischen Männern der Öffentlichkeit, die aus dem Ausland eingetroffen waren, eingeleitet. Die polnische Bauernschaft trug mehr etwas zu dieser Tätigkeit bei, noch protestierte sie auch gegen dieselbe. Erst als von den roten Abteilungen einige zehn Bauern aus den Dörfern erschossen und die Dörfer selbst angezündet wurden, in denen die Kommunisten ermordet worden waren, griffen die Bauern der anderen Dörfer, wo die eigentlichen Aufständischen die terroristischen Akte ausgeführt hatten, zum eigenen Schutz zur Waffe. Die Organisationsbewegung des Aufstandes üben weiter Terror, weshalb die Aufstandsbewegung sich schnell ausbreitet. Gleichzeitig zerstören die Leiter des Aufstandes recht energisch die Brücken und Eisenbahnstrecken.

Die Moskauer „Pravda“ bringt nachstehende Einzelheiten über den Aufstand: In Danzig ist aus Paris der ukrainische General Zieliński eingetroffen; seine Reise steht mit einem angeblich bevorstehenden Sturz der Sowjetmacht in der Ukraine im Zusammenhang. In Danzig befinden sich zurzeit einige ukrainische Männer der Öffentlichkeit, die mit General Zieliński konföderiert haben. In der Tschekoslowakei werden Abteilungen für den Kampf in der Ukraine organisiert, die aus 25 000 Mann bestehen. Die tschechischen Behörden zögern indessen noch mit der Entsendung dieser Abteilungen nach der Ukraine. Der Delegierte der ukrainischen Regierung in Paris, General Deltwig, ist auf Anraten der französischen Regierung nach Rumänien abgereist. Schließlich verlautet, daß ein Bankrott in Rom sich bereit erklärt hat, der ukrainischen Regierung eine Anleihe von 1/2 Milliarde Lire zu bewilligen.

Aus der Ukraine wird neuesten berichtet, daß die Nachrichten über die Verbreitung des Aufstandes in der Ukraine, die der „Ribnj Kraj“ brachte, jeder Grundlage entbehren. Auf den Eisenbahnlinien herrscht vollkommene Ruhe. Der Eisenbahnverkehr entwickelt sich normal, wenn man den Verkehr von ein paar Tagen die Woche als normal bezeichnen kann. Sie und da kommen kleine Zusammenstöße mit den Abteilungen der Aufständischen vor. Diese Zusammenstöße beruhen aber weder auf politischer Grundlage noch auf Unterdrückung. In der Umgebung von Moskau veranlassen die Bolschewiken in den Kasernen der Fluchtlinge einen besonderen Kurs, in dem diese zu „erprobten“ Kommunisten ausgebildet werden sollen.

Am östlichen Kleinstadten berichtet wegen der Nachricht über das Nichtgelingen des Petrus-Aufstandes in der Ukraine und über den Konflikt Petruszewicz in finanzieller Hinsicht und wegen der Kommunistenverhältnisse in der russischen Kirche des heiligen Jur unter der russischen Bevölkerung die Meinung vor, den römisch-katholischen Glauben anzunehmen, so wie dies nach der Ermordung des Grafen Potocki der Fall war. Die russischen Priester in den Gebieten außerhalb Galiziens wünschen in ihre Heimat zurück zu kehren. Die Anhänger des Petruszewicz sind für eine Option zugunsten des polnischen Staates, es ist nur zu bezeichnen, ob sich hierunter nicht eine Hinterlist verbirgt.

Warschau, 25. November. Die römische Zeitung „Epoca“ bezieht die Agitation der ukrainischen Nationalisten, die der Metropolit Szeptycki und Wasyl Habsburg betreibt. Die Zeitung weist auf den charakteristischen Umstand hin, daß diese ukrainischen Kreise eine ständige Verbindung mit den Kommunisten aufrechterhalten. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die bolschewistische Verschwörung im Kloster des heiligen Jur in Lemberg.

Warschau, 25. November. Der Führer der Ukrainer Petruszewicz, der gegenwärtig in Wien weilt, beginnt immer größere Freundschaft gegenüber dem zaristischen Rußland zu zeigen. Dies ist auf die Einflüsse der russischen Monarchisten, deren in Mienhof gewählter Fürst Petruszewicz bedeutende Gelder zur Verfügung stellte, zurückzuführen.

Die Ursachen des marokkanischen Krieges.

Die Madrider Zeitung „Accion“, das Organ Maura's, bringt Aufsehen erregende Enthüllungen über die Ursache des marokkanischen Aufstandes gegen die spanischen Besatzungstruppen. Danach sollen die Geldmittel für die Erhebung des Sultans Abdel Krim von spanischen Kapitalisten geliefert worden sein, welche befürchteten, daß der Sultan von dem spanischen Befehlshaber entthront werden würde.

Zwischen dem Sultan und einer spanischen Finanzgrubbe bestand ein Abkommen zur Ausbeutung der Bodenschätze, das aus den Konzeptionen hervorgegangen war, die seinerzeit die Obr. Mannesmann nach Beendigung des Krieges hatten abreißen müssen. Es handelt sich bei der Erhebung des Sultans also nicht nur um die Erhaltung politischer Selbständigkeit, sondern in erster Linie um die Verteidigung seiner Rechte auf Ausbeutung von Bodenschätzen. Das Madrider Blatt behauptet übrigens, daß auch deutsches Kapital an den Unternehmungen interessiert sei.

Neue Kämpfe.

In Marokko haben neue Kämpfe zwischen den Aufständischen und spanischen Abteilungen begonnen. In drei Tagen betrugen die Verluste der Spanier 200 Tote und gegen 1000 Verwundete.

Republik Polen.

† Wilski von der Wilnaer Reise zurück. Der polnische Staatschef Wilski ist in seiner Reise nach Wilna, wo bekanntlich im Januar eine Volksabstimmung stattfindet, nach Warschau zurückgekehrt. Im Offizierskafé in Wida hielt er, wie bereits gemeldet, eine Rede, in der er u. a. sagte: Ich habe mein im Jahre 1919 gegebenes Wort gehalten und auch jetzt bin ich bereit mit der Waffe in der Hand den Volksentscheid zu verteidigen.

Aus Wilna wird gemeldet, daß General Zeligowski noch im November Wilna verlassen wird, um einen neuen Posten in Thorn anzuweisen. In seine Stelle tritt Alexander Myszowiec, der im Konow-Gebiet Winter stellt. Der eigentliche Führer in der Politik in der Wilnaer Frage bleibt jedoch wie bisher, Hauptmann Priziom, der das persönliche Vertrauen Piłsudskis genießt.

† Karachan verschwindet aus Warschau. Vor einigen Tagen verbreitete sich in Warschau das Gerücht, von der Ankunft Karachan's aus Berlin. Diese Nachricht ist verfehlt. Karachan befindet sich noch in Berlin und wird auf einige Tage nach Warschau fahren, um sich dann nach Moskau zu begeben. In politischen Kreisen herrscht die Überzeugung vor, daß Karachan nicht mehr auf seinen Posten als Berater bei der polnischen Regierung zurückkehren wird, da seine Tätigkeit durch eine nichtgelingen kommunistische Aktion kompromittiert ist.

Die Gefährdung des deutschen Grundbesitzes in Polen.

Unter dieser Überschrift bringen die „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 24. November folgenden Bericht ihres Warschauer Vertreters:

Der gestrige Sejmung lag ein dringender Antrag der Rechtsparlamentarier vor, dem Anbiederungsamt Exekutivrechte zu verleihen. Angenommen wurde eine Resolution, die Regierung aufzufordern, das Sejmgesetz vom 14. Juli 1920 weiter durchzuführen. Dies bedeutet ein weiteres Vorgehen gegen deutsche Ansiedler in Posen-Pommern, deren Ausweisung nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand erfolgte. Dieser Sejmenschluß stellt sozusagen die Antwort dar, auf den beim Völkerbunde eingelegten Protest der mehr als 1000 deutschen Ansiedler, die am 1. Dezember aus ihrem Besitz vertrieben worden sollen und sich demgegenüber auf den Versailler Vertrag und den Minderheitenschutzvertrag berufen.

Wenn man auch grundsätzlich zugeben muß, daß jeder Staat das Recht hat, sich selbst seine Gesetze zu geben und selbst die Normen aufzustellen, nach denen er seinen Bürgern gegenüber zu verfahren gedenkt, so kann andererseits doch kein Zweifel darüber herrschen, daß das Kolonistengesetz vom 14. Juli 1920 zum mindesten mit dem Geiste des Minderheitenschutzvertrages sich nicht vereinbaren läßt. Der soeben gefasste Beschluß des polnischen Sejms, die Regierung zu noch rücksichtsloserem Vorgehen gegen die deutschen Ansiedler zu bestimmen, scheint zu beweisen, daß es dem polnischen Sejm auch gar nicht daran liegt, die Bestimmungen des Minderheitenschutzes in humanem Sinne anzuwenden, sondern daß ihm selbst rechtlich höchst bedenkliche Mittel willkommen zu sein scheinen, wenn es gilt, das ehemals preußische Teilgebiet von allen Deutschen zu säubern.

Bei den unglücklichen deutschen Ansiedlern soll aber noch nicht Halt gemacht werden. Wie uns von durchaus ernst zu nehmender Seite mitgeteilt wird, sind gegenwärtig Vorarbeiten im Gange, die auf eine Aufteilung des deutschen Großgrundbesitzes im ehemaligen Westpreußen hinauslaufen. Auch hier muß ein — beifällig bemerkt mit einer ganz geringen Stimmenmehrheit vor zwei Jahren angenommenes Sejmgesetz dazu herhalten, den rechtlichen Deckmantel für eine Ungerechtigkeit abzugeben. Es soll in Polen grundsätzlich nicht gestattet sein, größeren Landbesitz als durchschnittlich 600 Morgen in einem Stück zu besitzen.

Man mag sich zu einem derartigen Parzellierungsgesetz stellen wie man will, — Einmütigkeit wird darüber herrschen müssen, daß derartige einschneidende Bestimmungen nur dann überhaupt diskutabel sind, wenn sie ohne Ansehen der Person und Nationalität für das gesamte Staatsgebiet in Anwendung kommen. Gerade das aber scheint — wenn wir recht unterrichtet worden sind — in diesem Falle nicht zuzutreffen. Die Anwendung dieses Sejmgesetzes erhält eine ausgesprochene Spitze gegen den deutschen Großgrundbesitz in den neu erworbenen polnischen Westgebieten. An eine Aufteilung polnischen Großgrundbesitzes scheint man nicht zu denken und in Kongresspolen selbst ist die Anwendung dieses Gesetzes — wenn überhaupt — auch wohl nur soweit geplant, als Ukrainer, Litauer oder Weißruthenen davon betroffen werden.

Wir sind an sich nicht in der Lage nachzuprüfen, inwieweit die uns mitgeteilten Einzelheiten zutreffen. Ausdrücklich als für die Aufteilung in Aussicht genommen wurde uns beispielsweise die graflich Potockische Besitzung bei Buga — seit sechs Jahrhunderten im Besitz der Familie — bezeichnet. Andere Güter in Pommern sollen folgen. Wir lassen es dahingestellt, ob die polnische Regierung tatsächlich die Absicht hat, „reinen Tisch“ mit dem deutschen Großgrundbesitz im ehemals preußischen Teilgebiet zu machen. Angesichts der im Umlauf befindlichen Gerüchte sollten sich aber die verantwortlichen polnischen Stellen darüber nicht im Unklaren sein, daß ein derartiges Vorgehen gegen das Deutschtum im abgetretenen Gebiet mit dem Geist des Minderheitenschutzes in unvereinbarem Widerspruch steht und sich nur sehr schwer in Einklang bringen läßt mit den Erklärungen polnischer Regierungskreise über den Verständigungs willen Polens mit Deutschland. Durch solche Maßnahmen wird die Klust zwischen Deutschen und Polen nicht überbrückt werden.

Deutsches Reich.

Der neue Gegensatz zwischen München und Berlin. Zu der neuen Differenz zwischen München und der Reichsregierung wird gemeldet, daß Graf Berchthold im Landtag auszusprechen erklärte der bayerische Gesandte sei beauftragt worden, den Reichskanzler und den Reichsjustizminister dringend vor der Ausbeugung der Tätigkeit des Untersuchungsamtes auch auf Bayern zu warnen.

Die Borsenumschleuder. Im Reichstage erklärte Reichsfinanzminister Dr. Hermes, daß die Borsenumschleuder dem Beschluß des Reichstages entsprechend, so stark erhöht werden wird, als es nach den wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist. Die Verordnung der Reichsregierung werde die Borsenumschleuder bei Kundengeschäften auf 1 Prozent festsetzen, bei Händlergeschäften auf 1 pro Mille. Bei der neu einzuführenden Devisensteuer kommt der Höchstfuß von 1 Prozent nicht in Betracht. Es würden hier die Sätze angeordnet werden, die der Entwurf des Kapitalverkehrs-Steuergesetzes vorsieht.

Die Eröffnung des badischen Landtages. Der neugewählte badische Landtag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Herabsetzung des Fraktionsminimums auf 5 Mitglieder wurde dem Vertrauensmännerausschuß übergeben. Darauf vertagte sich der Ausschuß auf Donnerstag zur Wahl des Präsidiums.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 26. November.

Pfarrkonvent und Synode der Unitätsgemeinden (Synode Posen II)

Sind unter dem Vorsitz des Geh. Konsistorialrats Gaenisch am 22. und 23. d. Mts. in Posen gehalten worden, eingeleitet am Dienstag, nachmittags durch eine gemeinsame Abendmahlsfeier der Pastoren.

Über die Vorlage des Konsistoriums zum Pfarrkonvent: Wie ist die evangelische Lehre von der Heilsgewissheit wissenschaftlich zu beurteilen? berichtete Pfarrer Kattiger aus Gr. Pribrich-Tobor, ein alter böhmischer Gemeinde in dem schlesischen Teile des Abtreibungsgebietes. Es lag in der Eigenart des wichtigen Themas begründet, daß die lebhafteste Bepredung sich auch für das Amtswort fruchtbar erwies und sich ganz persönlich gestaltete.

Die beiden Brennpunkte der Synode waren der Ephoralbericht des Geh. Konsistorialrats Gaenisch über die religiös-sittlichen Verhältnisse des Kirchkreises und der Bericht des Pfarrers Pfleger-Orzechowski über die Vorlage des Konsistoriums: Was kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Förderung und Vervollständigung des kirchlichen Lebens seitens der Gemeindeglieder in der Einzelgemeinde geschehen? Der Vorsitzende gedachte mit dankbaren Worten des heimgegangenen Pfarrers Stod von der Pössaer Gemeinde, welcher der Synode 2 Jahre angehört hat, und der beiden abgewandten Synodalen Ingenieure Schneider-Biffa, welcher der Synode 20 Jahre und Ingenieur Pejko-Posen, welcher der Synode 30 Jahre, zuletzt auch der Provinzial-Synode angehört. Von der Abwanderung sind naturgemäß besonders die

Stadtgemeinden betroffen, Posen und Pissa, am schwersten Thorn, die sich erst bei Gelegen der letzten Synode Anfang dieses Jahres der Unität angeschlossen und inzwischen ihren Parter verloren hat, da sie zu klein geworden ist. Die Vorlage des Konsistoriums stellte ein Thema zur Verhandlung, das gerade die Unitätssynoden seit langen Jahren immer wieder beschäftigt hat und das Grundthema der Grundener kirchlichen Woche gewesen ist. Der sogenannte Laendienst in der Gemeinde ist heute dringlicher als je, aber auch schwieriger als je. Nachdem das Deutschtum zusammengekommen ist, gibt es nicht mehr viel Kräfte, die außerhalb ihrer unmittelbaren Pflichten in Haus und Beruf frei sind für freiwilligen Dienst in Gemeinde und Kirche. Andererseits hat die Arbeit der Pastoren in den kleiner gewordenen Gemeinden nicht ab-, sondern zugenommen. Man war aber der Meinung, daß die Kräfte mobil machen wird, die sich jetzt noch nicht zurückhalten. Im Rahmen der weitestgehenden sachlichen Verhandlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die sich auf die Neugestaltung der kirchlichen Verfassung bezieht und der verfassunggebenden Synode vorlegt werden wird.

Die Unitätssynode legt gegen die katholischen Bestrebungen zur Einführung des Episkopatsystems Verwahrung ein und bittet die Provinzialsynode, etwaige Anträge auf Einführung derselben abzulehnen. Die Verfassung ist vielmehr so zu gestalten, daß eine Entschließung von der Kirche in ihrer synodalen Vertretung getroffen werden; das ausführende Organ der Kirche ist die zu schaffende Kirchenbehörde, an deren Spitze der 1. Geistliche der Unität evangelischen Bistums steht.

Ministerbesuch in Posen.

Der polnische Ministerrat mit dem Ministerpräsidenten Ponikowski an der Spitze trifft morgen, Sonntag, früh 8 Uhr im Sonderzuge aus Warschau hier ein und begibt sich ins Schloß. Dort findet um 10 1/2 Uhr eine Vorstellung der Beamten, um 11 1/2 Uhr eine solche der Spitzen der Behörden statt. Abends 7 Uhr gibt die Stadt den Ministern im goldenen Saale des Rathauses einen Begrüßungsabend, an den sich eine Galavorstellung im Teatr Wielki schließt. Montag wird der Ministerpräsident die Schulen besuchen, während die übrigen Minister ihre hiesigen Ressortabteilungen besichtigen werden. Es folgt ein Besuch im polnischen Museum und nachmittags von 3—6 Uhr eine Ministerkonferenz im Schloß. Um 10 1/2 Uhr abends fahren die Minister außer dem Ministerpräsidenten nach Warschau zurück. Der Ministerpräsident Ponikowski wird sich Dienstag früh 8 1/2 Uhr nach Zabikowo zur Besichtigung der dortigen Ansiedler begeben. Mittags von 12—1 1/2 Uhr finden Audienzen im Schloß statt. Nachmittags von 3—3 1/2 Uhr wird der Ministerpräsident die Universität besuchen. Abends 8,30 Uhr erfolgt seine Weiterreise nach Bromberg.

X Eisenbahnverkehr. Vom 1. Dezember d. Js. ab werden auf der Strecke Rempen-Wilhelmsbrück bzw. Rempen-Verden die bisherigen Bzge 3955 3956 und 3957 aufgehoben und neue Bzge Nr. 3954, 3955 3956 und 3958/39 eingeführt. Die letzten beiden Bzge haben Anschluß nach Wilhelmsbrück von dem Bzge 28 nach dem Bzge 27. Zugleich werden auf der Strecke Schildberg-Deutschhof der Fahrplan und die Nummer des Bzges 3821 auf 3855 geändert und auf der Strecke Schildberg-Grabow zwei neue Personenzüge 3817/3828 eingeführt, die ebenfalls von Bzgen 28 nach 27 Anschluß haben.

X Ein Raubüberfall wurde dieser Tage auf den Landwirt Johann Gutach in Kreuztal, Kreis Gnesen, von einer vierköpfigen Räuberbande verübt. Die Banditen drangen, nachdem sie ein Fenster eingeschlagen hatten, in die Wohnung ein, bedrohten die Bewohner unter Vorhaltung von Revolvern mit dem Tode, schloffen sie ein, plünderten die Wohnräume aus und verschwanden. Der Kriminalpolizei in Gnesen ist es aber inzwischen gelungen, die Verbrecher zu ermitteln und festzunehmen. Der Haupttäter ist der aus Ruckau stammende 21 Jahre alte Heinrich Dajl; seine Mitgeschulbigen sind der gleichfalls aus Ruckau stammende, 37 Jahre alte Franz Ciechocki und die beiden aus Gnesen stammenden 20 Jahre bezw. 19 Jahre alten Karl Brackowski und Wladislaus Domanski. Ein großer Teil der geraubten Sachen konnte ihnen wieder abgenommen werden. Offenbar handelt es sich bei ihrer Festnahme um einen glücklichen Griff der Polizei, da sie zweifellos auch noch andere Raubüberfälle auf dem Herdholz haben.

Deutscher Bund. Wir machen nochmals auf den am 7. Dezember im Saale des Evgl. Vereinshauses stattfindenden Nieder- und Arienabend aufmerksam. Herr Gollnow (Tenor) singt unter anderem auch „Gräberjährling“ und das „Preislied“ aus Meisterfinger, Hr. Boggs (Alt) ausgewählte Schubert- und Schumann-Lieder. Der Abend verspricht recht genussreich zu werden und wird allen Gesangsfreunden warm empfohlen. Vorverkauf der Karten von Montag den 28. November ab in der Evgl. Vereinsbuchhandlung.

Volkskultureller Viederabend. Morgen, Sonntag, abends 8 Uhr, findet ein volkskultureller Viederabend von Frau Emma Kucharski statt. Mit diesem Konzert beginnt die diesjährige Reihe der im vorigen Jahre mit so großem Beifall aufgenommenen volkskulturellen Konzerte. Das Programm des Viederabends weist in geschmackvoller Zusammenstellung eine gute Auswahl gediegener und volksräumlicher Musik auf. Die Eintrittspreise sind, den Verhältnissen entsprechend, als mäßig zu bezeichnen, insbesondere durch die Vergünstigung Schülern und Schülerinnen gegenüber.

Deutscher Theaterverein. Am Montag, dem 28. d. Mts., findet die letzte Wiederholung von Vortag beliebiger Oper „Der Waffenschmied“ statt. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß diese Vorstellung zu ermäßigten Preisen stattfindet, um so allen den Besuch zu ermöglichen. Beginn der Vorstellung im großen Saal des Zoologischen Gartens um 8 Uhr. Karten sind, wie immer, in der Evgl. Vereinsbuchhandlung zum Preise von 75, 150 und 250 M. zu haben.

X Brandbericht. Donnerstag abend 1020 wurde die Feuerwehr nach der ul. Mylna 3 (fr. Hochstr.) zu einem großen Dabstahlbrande gerufen. Zwei Dabstahlträn in Taigeln. Um 11 1/2 Uhr lehrte die Feuerwehr zur Wache zurück.

X Butterpreis. In der Woche vom 21. bis zum 26. d. Mts. betrug der Butterpreis im Großhandel 80—820 M.

X Ein teures Schlummerbrot eingekauft. Auf dem Hauptbahnhof war gestern ein durchgehender Arbeiter eingekauft. Als er erwachte, war sein Koffer mit Wäsche usw. im Gesamtwerte von 35 000 M. verschwunden.

X Einbruchsdiebstahl. Aus einer Wohnung des Hauses ul. Slowackiego 31/33 (früher Karlik.) wurde ein größerer Posten Taschengeld für 6 12 und 18 Personen, gezeichnet A. S. 200 M., deutsches und 20 000 M. polnisches Geld im Gesamtwerte von einer Million Mark durch Einbruch gestohlen. — Aus einer Wohnung des Hauses ul. Strzelecka 26 (früher Schützenstr.) wurden gestern Wollkleidungsstücke und 3. K. gezeichnete Wäsche im Gesamtwerte von 83 500 M. gestohlen.

X Karmier, 23. November. In der Nacht zum Sonnabend wurde der Waffenschmied vom hohen Schornstein der seinerzeit abgebrannten Mühle abgesetzt und gestohlen. Der Geschädigte setzt 5000 M. für die Wiederherbeibringung aus.

X Tschel, 22. November. Die Wahlen zur Stadterordnetenversammlung haben folgenden Ergebnis: Die Liste der Arbeiter 6 Mandate, die Bürgerliste 7 Mandate, die Deutschen erhielten 5 Mandate, und zwei Mandate gingen ihnen verloren, da die Kandidaten nicht alle Bedingungen für die Wahl zu erfüllen vermochten.

Die Geburt eines kräftigen **Sonntags-**
jungen zeigen in dankbarer Freude an [4034]

Victor von Rège und Frau
Editha, geb. von Bentivegni

Rittergut Lubosin, den 20. 11. 1921

Für die uns anlässlich unserer Vermählungsfeier erwiesenen Aufmerksamkeit danken herzlichst.

Frei Mehring und Frau

Lucia, geb. Fabian.
Bierzglin, im November 1921. [4032]

Freitag nacht entschlief sanft unser
lieber Bruder und Schwager, der

Kunstmaler

Alfons Kluge

im 48. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beisetzg: Montag nachmittag 4 Uhr von der
Leichenhalle des alten Paulinerhofes aus. [4040]

Ich habe von Sanitätsrat Dr. Chrzej-
litzer die gesamte ärztliche Einrichtung über-
nommen und meine Praxis nach

ULICA WIELKA 71

verlegt.
Behandlung mit Röntgenstrahlen, Pinsen-
licht, künstlicher Höhensonne, Elektrotherapie.
Ich nehme jetzt wieder Mitglieder
der Krankenkassen an.

Dr. St. R. Heider,

Spezialist für Haut- u. Geschlechtskrankheiten.

Mein Bureau befindet sich vom

1. Dezbr. d. J. ab
ul. Żupańskiego (früher Hohen-
lohestraße) 13a II.

Philipp Bewek, Poznań-Berlin.

Telephon 3177. [4036]

Der Kalender der Deutschen in Polen für 1922 ist

herausgegeben von der deutschen Landesvereinigung des

Deutschentums in Polen. Er enthält neben einem

sehr praktisch eingerichteten Kalendarium, neben wichti-

gen Aufträgen, die das Deutschentum angehen, neben

einem umfänglichen, belehrenden und unterhaltenden

Teil und neben guten Bildern praktische Tabellen über

die Jahrmärkte in Polen und Pommern, die die Ver-

waltungen Polens im Ausland, die Vertretungen

Deutschlands in Polen, die gesamten Eisenbahnstationen

(deutsch und polnisch) die Zusammensetzung des Teil-

ministeriums, der Wojewodschaft usw. Das Buch um-

fasst 160 Seiten und kostet trotz des reichen Inhalts

nur 250 W. Es ist zu beziehen durch alle Buchhand-

lungen, den Verlag der „Deutschen Nachrichten“, Wd-

goyce, plac Wolności 1 III, und alle Deutschentums-

bücher. Jeder mache seine Bestellung sofort.

Zahn-Atelier

W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)

plac Wolności 5. [2059b]

Getreide :: Sämereien
Kartoffeln: Stroh: Wolle
Dele :: Maschinen
Zement :: Dachpappe
Textilwaren

**Landwirtschaftl.
Hauptgesellschaft**

T. z o. p.

Poznań, ulica Wjazdowa 3.

Telephon 4291.

Aufruf.

Wir suchen in der Provinz Posen und in Pommern für unsere

ernsten Reflektanten aus Galizien u. angesehene Amerikaner

Ankauf

von landwirtschaftl. Gütern, Rittergütern, Mühlen u. and.
industriellen Objekten, wie Lokomotiven u. Motoren usw.

Speziell reflektieren wir auf landw. Güter im Werte von

3-300 Millionen Mark.

Die verehrten Herren Besitzer ersuchen wir um schnellste Zu-
sendung von Offerten unter Berücksichtigung genauester Aufstellung,
Beschreibung und äußerster Preisangabe. [Par 503]

**Landwirtschaftliches
Industrie-Bureau „Agricola“**

in Lemberg-Galizien (Lwów-Małopolska), ul. Sapiehy 57.

Prima obereschles. Hüttenofen

hat bei waggonweisem Bezuge abzugeben

[Par 508]

Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe - Poznań
Kazimierz i Werner

Poznań, Wały Zygmunt Augusta Nr. 3. Telephon 1296 und 3871.

Telegramm-Adresse: Werner Kohlenvertrieb.

Posener Tiefbrunnen-Baugesell.
und Pumpenfabrik, Poznań,
Traugutta 6, Tel. 1568, liefert erstklassige Arbeiten.

Gelegenheitskauf!

2 Dampfplüge „Fowler“

16 PS., gebaut 1908.

10 PS., gebaut 1899.

**1 kompl. J. H. C.-Trecker,
Dampf-Krümmeregge**

für 1/2 Meter Arbeitsbreite.

günstig zu verkaufen.

Centrala Plugów, T. z o. p., Poznań,

Telephon 4152. ulica Piotra Wawrzyniaka 28-30.

Telegr.-Adresse: „CENTROPLUG“.

Wichtig für Kooperativen und Kaufleute!

Wir empfehlen für die herannahenden Weihnachten

Tannenbaumlichte

farbige in Kartons à 30 Stück.

Den Provinzabnehmern senden wir 10-Kilo-Pakete

per Post per Nachnahme. [M. W. 117]

Paraffin-Lichte jeder Größe.

Fabrik von Lichten und techn.-chem. Erzeugnissen

„Ursus“, Warschau, Chłodna 29, Tel. 229-36.

**Hasen sowie sämtl.
Wildvorten**

laut große Quantitäten zum höchsten Tagespreise

Cz. Szydłowski, Lejzno (Lissa). Teleph.

— 57. —

**Fabrik- und
Lagerräume**

mittleren Umfangs im Posenschen für sauberen
Betrieb langjährig zu pachten gesucht. Gleis-
anschluß erwünscht. Angebote unter 17659 an
Ala-Hausenslein & Vogler, Berlin W. 35.

Infolge Räumung des Platzes verkaufe ich

diverse Baugeräte

als: Materialenaufzüge, transp. Gleis (60 Spur),
2 abfahrbare lose Schienen, Drehscheiben,
Bolzen, eiserne Schwellen, Nägel, 4“ Wagen,
Reifen, Kreuzhaken, Stopfhaken, Delfanten,
Rammgeräte, Winden, 1 starken Falsenzug,
Bagger, 1 Veredewagen, Aufschlepptrasse, 40
qm 6-8 cm Korkplatten, Ziegeleintragewebe,
diverse Tonrohre und Grenzsteine, 1 großes
eisernes Benzinfäß und and. Geräte. Sämtliche
Geräte sind betriebsfähig. Beizung, samt v. 2. Dezbr. erfolgen.

Leo Seelig, Zabazyn, Marszałkowska 3.

Verein Deutscher Sänger.

Sonntag, den 4. Dezember 1921, nachm. 5 Uhr

Volkstümliches Konzert

im grossen Saale des Ev. Vereinshauses.

Mitwirkende:

Konzertsängerin Fräul. Erika Biging-Mann, Poznań
(Sopran).

Konzertmeister Herr Ehrenberg, Poznań (Violine).

Musikalische Leitung: Liedermeister Herr Kroll.

Programme, welche zum Eintritt berechtigen, zu
100,— und 60,— Mk. einschl. Steuer, sind von Mit-
woch, den 30. d. Mts. in der Evangel. Vereinsbuchdlig.,
am Sonntag von 4 Uhr an der Saalkasse erhältlich.

Großer Saal
des Evangl.
Vereins-
hauses.
Sonntag, d.
27. Nov.,
abds. 7 Uhr:

Volkstümlicher Liederabend
Frl. Henny Fuhs

Eintrittskarten zu 120, 80
u. 60 W. in der Evgl. Ver-
einsbuchdlig. Schüler zahl.
auf allen Plätzen die Hälfte

Welcher Pole Deutschlands
taucht mit einem Deutschen
in Polen. f. gutach
Gastwirtschaft
mit Saal,
dazu 4 Wrg. gute Wiese un-
terh. Obgarten. Ang. u. J.
D. 4000 a. d. Geschäftsst. d. Bl.



Volkstümliche Vorstellung

zu ermäßigten Preisen.

Zum letzten Male:

Montag, 28. Nov., abds

8 Uhr, im Saal des Zool.

Gartens:

Der Waffenschmied

omische Oper in 3 Akten

von Albert Lortzing.

Eintrittskarten zu 250,

150 und 75 Mark einschl.

Steuer, in der Ev. Vereins-

buchdlig. (ul. Wjazdowa).

Spielplan des „TEATR WIELKI“

m. Poznań

Sonabend, den 26. 11. um 7 Uhr: „Zieland“, Oper

von E. d'Albiero.

Sonntag, den 27. 11. um 3 Uhr nachm.: „Der Barbier

von Sevilla“.

Sonntag, den 27. 11. um 8 Uhr: „Symphonie-

konert“.

Dankt für unser noch in Treue.

Wie Ihr's totet manches Jahr.

So beweißt es uns aus neu,

Reicht uns Weihnachtsgaben dar!

Für Weihnachtstende

Dem Krüppel de

Dankt dann froh die Kinderchar

im Diatonischenhaus Ariel, Kinder-Krüppel-

pflege und Erziehungsanstalt in Rajastowo,

powiat Wyrzyski. [3928]

Wer läßt Debr. (etwa 1/4 Bagg.) aus Bronze,

Oberschlo, Obornik od. Umgeg. nach Berlin

od. Umgeg. mitverlad. Ang. u. A. S. 4031 an die

od. Umgeg. mitverlad. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Frieurgroßhandlung

St. Wenzlik,

Poznań, 19 Ale e Mar-19

cinkowskiego

empfehl: [4019]

Parfümerien, Bäckern,

Räume, Haartege, Spie-

gel usw., sowie Verfüden-

macher-Artikel.

Welche edelsten Dame od.

deren Eltern würden jg. kath.

Sim. verm. zu einer Existenz

gleich welcher Art verheilen?

Spä- es

tere **Heirat** müncht.

Off. u. C. G. 4017 a. d.

Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Heirat! Vermög. Damen w.

glück. Heirat! Herren,

auch ohne Vermög. gibt Aus-

kunft! FrauPUHLMANN, BER-

LIN 58, Weissenburg, Str. 43.

Ein wertvolles

Buch

ist das Weihnachts-

schönte Weihnachts-

Geheimt.

Rehfelds Buchhdlg.

(Curt Boettger).

ulica Kantaka (früher

Bi-mardstraße) Nr. 5.

Linon'ormen und Köpfe

Linon - Marly - Hutdraht

Nur **30% billiger.** [W730]

Hutfabrik

Leon Szczawiński,

Poznań, Aleje Marcinkowskiego 45.

Grundstück

mit Gleisanschluß

von ca. 1500-2000 qm. mögl. mit aufstehenden Gebäuden

von ca. 600-800 qm zu kaufen gesucht. Offerten unter

T. B. 4042 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Adventsdiens der Synode.

Mit dem Anfang dieser Woche beginnt die Tagung unserer Synode; sie fällt zusammen mit dem Anzuge des Kirchenjahres; es grüßen sie Adventszeiten, es rauschen um sie Adventslänge: Der Herr kommt!

Eine tiefe Bedeutung liegt in diesem Zusammentreffen. Die alte Kirche, die erste Gemeinde, trug in ihrem ganzen Leben einen adventlichen Zug; sie war eingestellt auf die Erwartung der Wiederkunft Jesu, wie die Gottesgemeinde des Alten Bundes lebte von der Hoffnung auf das Kommen des Messias und den Anbruch Seines Reiches. Wenn es eine Bitte gab, die auf den Herzen der Jünger Jesu brannte, wie keine andere, dann war es diese: Dein Reich komme!

Sollte das nicht unsere Bitte für die Synode dieses Advents sein? Was ist eine Kirche? nichts anderes als Adventsbo.in und Begleiterin für das Kommen des Herrn. Wehe einer Kirche, wenn sie Selbstzweck sein will, wenn ihr Trachten danach geht, sich selbst zur Geltung zu bringen, Macht und Herrschaft an sich zu reißen und sich an Stelle Gottes und seines Reichs zu setzen! Die Kirche des Evangeliums soll und will Dienerin des Herrn, nicht Herrin über die ihr Dienenden sein. Sie kann keine höhere Aufgabe haben, als den Advent des Herrn vorzubereiten. Predigen heißt dem Kommen des Herrn zu Menschenleben die Tür aufstun und den Weg weisen, und alle Arbeit der Kirche, sei es in Seelsorge, sei es in Fürsorge, sei es im gebundenen Dienst des Amtes, sei es im freien Wirken der Innern Mission, alles Beraten und Beschließen ihrer Organe von der Einzelgemeinde bis hin zu ihrer höchsten Vertretung kann nichts anderes wollen, als helfen, daß der Herr seinen Einzug in die Menschenleben halten könne.

Unsere Kirche, die unter-evangelische Kirche im polnischen Staat, steht vor großen, ernsten Aufgaben, sie steht an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Aber wie auch ihre Zukunft sich gestalten mag, ihre Aufgabe bleibt die gleiche in allen Zeiten: die Tore weit und die Türen in der Welt hoch zu machen, daß der König der Ehren einziehe.

Die tätige Teilnahme an der Synode ist nur einem kleinen Teil von Gemeindegliedern, wie die Gemeinden sie für diesen Dienst gewährt und mit ihrem Vertrauen entzundet haben, gestattet. Die große Menge wird von ihr wenig berührt. Aber sie soll nicht interesselos bei Seite stehen. Die Gemeinde von Antiochien hat ihre Sendboten bei ihrer Missionsfahrt mit ihren Gebeten begleitet, und die Gemeinde von Jerusalem hat betend hinter Petrus gestanden, als er für das Zeugnis vom Namen Jesu leiden mußte. Um unsere Synode soll eine Betgemeinde stehen — und das Fürbittgebet für sie kann kein anderes sein, als dies, daß ihr Dienst gesegnet sei für das Kommen des Herrn und Seines Reichs: „Gelobt sei, der da kommt im Namen des Herrn!“

D. Blau-Posen.

Aus den Sejmatausschüssen.

Warschau, 28. November. Der Verfassungsausschuß beriet nach dem Bericht des Abgeordneten Bugla über den Gesetzentwurf betreffend die Selbstverwaltung der Wojewodschaften unter dem Vorsitz des Abgeordneten Rataj über allgemeine Angelegenheiten; darauf wurde der Entwurf einer Sonderkommission überwiesen. Während der Beratungen des Unterausschusses für den Entwurf über die Wahlkreise und die Selbstverwaltung der Wojewodschaften wird der Ausschuß den Gesetzentwurf über die Zuständigkeit der obersten Staatsbehörden behandeln.

Der Militärausschuß hörte unter dem Vorsitz des Herrn Rataj die Erklärung des Kriegsministers Gen. Sosnkowski zu der Interpellation über die Tätigkeit des Zivil-Unterschiedsrichters im Kriegsministerium Dr. Rinkowski und über die Verhältnisse in den sog. 2. Abteilungen an. Zu diesem letzten Punkte wurde auf den Antrag des Herrn Starobin ein Beschluß gefaßt, der erklärt, daß die Leiter der 2. Abteilungen ihre Berichte an die vorgesetzten Behörden durch Vermittlung des Leiters beziehungsweise des Stabschefs des Korpsbezirks wegen der Wichtigkeit der Dinge

unmittelbar an den Kriegsminister beziehungsweise den Stabschef senden sollen.

Der Ausschuß für Arbeitschutz lehnte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Gdyl nach der Aussprache über den Antrag des Abgeordneten Potoczki, der die Verlängerung der Arbeitszeit im Handel bis zu 12 Stunden betrifft, diesen Antrag mit 12 gegen 9 Stimmen ab, aber auf den Antrag des Abg. Stęchowski wurde eine Entschließung gefaßt, die die Regierung auffordert, einen Entwurf der Novelle zum Gesetz über die Arbeitszeit in Industrie und Handel vom 18. Dezember 1919 einzubringen, der die Stundenzahl, in der die Geschäfte geöffnet sein sollen, verlängert. Die Abstimmung über das Washingtoner Abkommen bezüglich der Arbeitszeit wurde auf den Antrag des Abg. Stęchowski für drei Monate vertagt.

Der Rechtsausschuß erledigte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Sedha nach dem Referat des Herrn Mieczkowski den Gesetzentwurf über den Ankauf von unbeweglichen Gütern, die auf den Namen unterstellter Personen angekauft werden. Nach dem Referat des Abg. Grzegorzewski wurde beschlossen, die weitere Aussprache über den Gesetzentwurf, der das Gesetz über den Mieterschutz vom 18. Dezember 1920 abändert, bis zum 1. Dezember d. J. zu vertagen. In dieser Sitzung wird die Regierung über die Art der Durchführung des Gesetzes vom 18. Dezember 1920 Bericht erstatten. Zu diesen Beratungen wird der Stadtpresident von Warschau zugezogen werden.

Der Landwirtschaftsausschuß nahm unter dem Vorsitz des Abg. Biechota nach dem Referat des Herrn Modka den Gesetzentwurf über die Liquidierung der Servitute in den östlichen Grenzgebieten entgegen.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß setzte unter dem Vorsitz des Herrn Osiecki die eingehende Besprechung des Gesetzentwurfes über Mittel zur Verbesserung der Finanzwirtschaft nach dem Referat des Herrn Loevenstein fort. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister Michalski wurde der Art. 6 des Entwurfes über die Beseitigung der Zwangsanleihe als schon im Gesetz über die staatlichen Abgaben bestehend, gestrichen. Art. 7 wurde verändert in dem Sinne angenommen, daß bei dem Finanzministerium ein Finanzrat ins Leben gerufen wird, der aus 15 Mitgliedern besteht, die vom Ministerrat ernannt werden. Der Art. 9 wurde mit einem Zusatz des Referenten Loevenstein angenommen, der das Verfahren der Ständegerichte bei Festsetzung der Strafen für rechtswidrigen Valutahandel einführt. Art. 10, der das Finanzministerium zur Abschließung von Verträgen bevollmächtigt, die eine Gesundung der Valuta erstreben, wurde im Einvernehmen mit dem Finanzministerium gestrichen. Der Gesetzentwurf über die Kräftigung der staatlichen Finanzen, der im März d. J. von dem Finanz- und Haushaltsausschuß auf der Grundlage des Referats des Herrn Federowicz beschlossen wurde, wird in Kürze auf die Tagesordnung des Sejms kommen. Dieser Entwurf unterscheidet sich von dem Regierungsentwurf dadurch, daß die Städte anstatt 10 % von der staatlichen Einkommensteuer, 30 % nach dem Steuerfuß der verschiedenen Orte erhalten.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß nahm unter dem Vorsitz des Herrn Osiecki in der Nachmittagsitzung einen neuen Artikel an, der die Durchführung von Zahlungsverträgen unter den Bürgern in der Republik nur in polnischer Valuta erlaubt. In der neuen Fassung wurde der Art. 1 des Gesetzentwurfes über Verbesserungsmittel der Finanzwirtschaft angenommen, der den Finanzminister bevollmächtigt, Einsicht zu nehmen in den Organismus und das Verfahren und die Aufhebung der Anleihe, die sich nicht auf rechtliche Grundlagen stützt. Endlich wurde der Entwurf eines Sejmgesetzes angenommen, der die Regierung auffordert, in kürzester Zeit einen Entwurf über die Verringerung der Behörden und Ämter vorzulegen, und der den Sejmarschall bevollmächtigt, das Verfahren im Sejm bei Behandlung dieser Anträge zu berichten. Auf diese Weise wurde der ganze Gesetzentwurf über Mittel zur Verbesserung der Finanzwirtschaft mit Ausnahme des Art. 8 angenommen. In bezug auf diesen Artikel soll eine Sonderkommission den Standpunkt des Ministers mit dem Standpunkt der Kommission vereinbaren.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, 26. November.

Ein deutscher Sejmabgeordneter über wichtige deutsche Fragen.

Der Sejmabgeordnete Kaufmann Luedcke machte am Montag in Graudenz in der Monatsversammlung des „Verbandes deutscher Handwerker“ über das ganze Deutschland des abgetretenen Gebietsteils eingehende wichtige Fragen eingehende Ausführungen. Wir geben deshalb einen Teil dieser Ausführungen nach einem Bericht der „Weichelpost“ wieder:

Ganz besonders gern spreche ich zu Ihnen, da es mir vergönnt ist, Sie in den wichtigsten, Sie heute interessierenden Fragen zu unterrichten. Bin auch 20 Jahre in Graudenz gewesen und sehe

hinter Kaufleute zusammengeschlossen hatten, eine äußerst bedrückende. Es war die Zeit, wo durch die Unmöglichkeit eines Ausfuhrhandels fast das gesamte Tuchmachergewerbe der Provinz zur Auswanderung nach Rußland gezwungen wurde. Schlimmer noch als den Prinzipalen ging es den Handlungsgehilfen, die oft stillosen von Ort zu Ort wandern mußten und schwer um ihr tägliches Auskommen rangen. Um ihnen zu helfen, wurde der Verein „Christlicher Handlungsgehilfen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kollegen“ gegründet, aus dem sich im Laufe der Jahre der jetzige kaufmännische Verein zu Posen entwickelte. Es ist also ein Verein der Handlungsgehilfen, nicht der Prinzipale, und noch in dem Statut von 1864 wird ausdrücklich bestimmt, daß ordentliches Mitglied nur ein Handlungsgehilfe sein kann. Ein Mitglied, welches Selbständigkeit erlangte, durfte dem Verein nur noch als außerordentliches Mitglied angehören. Außer der Ausgabe der „Unterstützung, wie es heißt, solcher hilfsbedürftigen Kommis, die ohne ihr Verschulden außer Brot gekommen sind“, wird in diesem ersten Statut von den weiteren so bedeutungsvollen Zielen des späteren Vereins nichts erwähnt. Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der Verein in enger Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Prinzipale stand. So nimmt es nicht wunder, daß der Kassenbestand trotz der geringen Mitgliederzahl von 24—40 Gehilfen in den ersten 25 Jahren und den bedeutenden gezahlten Unterstützungen bald 1800 Taler betrug. Immerhin ein Zeichen von der großen Opferbereitschaft dieser finanziell nicht gut gestellten Handlungsgehilfen. Die Höhe der Unterstützungsbeiträge, die gewährt wurden, war zunächst wohl beliebig. Sie wurde später auf in der Regel zwei Taler festgesetzt. Der Verein war somit zunächst ein reiner Unterstützungsverein, wie es ähnliche Vereine in jener Zeit in allen Berufsständen gab.

Aber diesen Rahmen hinaus stellte er sich neue Aufgaben in dem Statut von 1846. Auch in diesem, das dem Verein nunmehr den Namen „Unterstützungsverein für christliche Handlungsgehilfen“ gibt, ist als hauptsächliche Aufgabe die Unterstützung bedürftiger eigener Mitglieder in Krankheitsfällen, in unverschuldetem bedrängter Lage und für standesgemäße Beerdigung hervorgehoben. Daneben wird auch Durchreisenden, in dürftiger Lage geratenen Handlungsgehilfen eine Unterstützung gewährt. Als bedeutungsvolle Erweiterung des Wirkungskreises aber wird die Anschaffung guter merkantiler Schriften, Wörterbücher und Karten gefordert, um den Lehrlingen und Gehilfen Gelegenheit zur Ausbildung zu verschaffen. Hiermit hatte der Verein sich im Großen das Feld der Tätigkeit abgesteckt, auf dem er bis zum Ende des Jahrhunderts bis heute tätig ist. Auf dem Gebiet sozialer Hilfe und geistlicher Fortbildung ihm seine hauptsächlichen Aufgaben, eine segensreiche Tätigkeit entfaltete. Namentlich dem letzteren Zweck, höhere wissenschaftliche Bildung zu verbreiten, wurde in den folgenden Jahren größere Bedeutung beigemessen.

auch jetzt noch alte Bekannte — das alte Graudenz. Wir alle haben noch recht viel durchmachen müssen, haben uns alle sehr geirrt und müssen bekennen, daß wir in unseren Hoffnungen getäuscht wurden. Ich selbst habe es nicht erwartet, daß der Friedensvertrag, der uns endlich den längst ersehnten Frieden brachte, uns nicht befriedigt hat. Es ist halt anders geworden, und darin müssen wir uns fügen. Das Einzige, was uns noch bleibt, sind fortwährende Proteste an die Regierung. Sehr viel Geduld gebrauchen wir, um unsere Rechte durchzubringen. Unter uns stehen die Minderheitsrechte, die wir voll ausnützen können und verlangen müssen. Wirtschaftlich stehen wir genau so, wie unsere polnischen Mitbürger. Uns darf das gerade nicht schwach machen. In letzter Zeit waren unsere Gemeindeglieder mehr aufgeregt als früher. Es kamen die Kommunalwahlen, wo wir die Vertreter unserer Rechtsforderungen in den Verwaltungen durchbringen wollten. Auch waren wir Zeugen der letzten Staatskrise. Der Staatspräsident sowie das Kabinett drohten mit dem Rücktritt. Es drohte ein allgemeiner Zusammenbruch, der uns nicht zufriedenstellen würde. Er würde uns weiter vor die Zeiten des fernen Ostens stellen. Wir Deutsche haben mit 11 Stimmen mit der Linken gestimmt im Gegensatz zu den rechtsstehenden Parteien, und so blieb es beim Alten. Wir haben 20 Anträge gestellt, um unsere Minderheitsrechte zu wahren. Es ist unser gutes, heiliges Recht, daß wir gegen alle Übergriffe, wie z. B. in der Domänenfrage, eintreten. Ich betone, es ist unser gutes Recht!

Die dringendste Frage, die uns alle, hauptsächlich auch den deutschen Handwerker, betrifft, das ist die böse Zahl 10. Januar 1922. Was machen wir. Der Tag der Entscheidung naht. Unsere Unruhe ist größer als nötig. Einen großen Teil zu unserer Unruhe tragen unsere Frauen bei — ich betone, unsere Frauen und heranwachsenden Töchter. Die Frauen lassen uns keine Ruhe. Das ist gerade das, was wir uns sehr durch unsere Frauen beeinflussen lassen. Wir denken: wo wir nicht sind, da ist das Glück. Das stimmt nicht ganz; Deutschland hat große Lasten zu tragen. Gerade die, welche die Welt durchgegangen haben, sehen das Glück nur in der Arbeit ihrer Hände. Ich selbst habe viel durchgemacht, und habe dadurch großen Nutzen erworben. Anders urteilt der, welcher die Welt hat; der beseht sich alles ruhiger. — „Nette sich, wer kann!“ wird uns zugesprochen. Wir müssen uns aber herabigen! Der 10. Januar ist doch kein schwarzer Mann. Schließlich, wir Deutsche waren doch niemals Banghülsen. Am besten, wir machen nichts, wir bleiben polnische Staatsbürger. Verschieden sind die Ansichten betreffs der Option; aber keine führt zu unserem Wohle. Am besten, wir tun in dieser Hinsicht gar nichts und bleiben, wo wir sind. Wenn wir polnische Staatsbürger bleiben, behalten wir auch unsere vollen Rechte als solche. Nur kein Geschrei erheben. Nur dann können wir Geschrei erheben, wenn uns als polnische Staatsbürger unsere Rechte genommen werden. Nur Ruhe und Besonnenheit macht es, und nur so kommen wir weiter. Wir können dreierlei tun: 1. polnische Staatsangehörigkeit erwerben, 2. als Ausländer hier bleiben, 3. optieren. Das letzte rate ich ab. Die Hauptfrage, die uns beschäftigt: soll ich optieren? ist sehr wichtig. Wenn wir optieren, müssen wir auswandern (?); ob wir was in Deutschland finden oder nicht, bleibt sich egal. Ein Zurück gibt's nicht. Außerdem, wenn wir auswandern, kommt der Vermögensabzug (50 Prozent), den wir hinlegen müssen. Ob man das zurück erhält, glaube ich nicht. Es kann möglich sein, daß der Optionstermin verlängert wird, das wäre nicht hübschenswert; dadurch wird die Unruhe immer größer und immer mehr verlängert. Lassen wir also den 10. Januar 1922 ruhig vorübergehen, der Weg wird uns dadurch nicht versperrt. Alle, die nach dem Termin noch nach Deutschland wollen, werden auch noch ausgenommen. Die goldpflichtige Mitnahme der Habe und die 50 Prozent-Abgabe sollen fallen und werden auch mit der Zeit, nach Jahren, fallen. Es ist nicht so gefährlich, wie die Sache aussieht. Wir wollen beweisen, daß wir keine Banghülsen sind.

Wir sind in Deutschland jetzt nicht nötig, denn Deutschland hat heutzutage viel zu leiden und könnte uns schließlich nicht ernähren. Es wird vielleicht noch Hungernot in Deutschland kommen, denn Deutschland ist doch schließlich kein so großes Agrarland. Und dann, wenn der Hunger einmal kommt, dann kommt mancher wieder zurück, aber nicht mit Klavier und Nähmaschine. Man fängt nach der Ankunft in Deutschland an, zu zigeunern. Was noch nicht verkauft ist, wird verkauft, und nun fängt das Zigeunern an. Was das zu bedeuten hat, weiß nur, wer das selbst durchgemacht hat. Es wird befürchtet, daß nachher Hühnerflecken entstehen können. Früher, vor dem Kriege, war es anders. Die Welt wird sich doch allmählich beruhigen. Der Zustand bleibt doch nicht, so wie er augenblicklich ist; Ruhe und Besonnenheit tritt doch mal ein. Es hat halt jeder zu leiden. Es denken viele, daß die Steuern zu hoch werden. Schlimm wird's überall. Auch bei solchen Großmächten, wie England und andere herrscht infolge des

Der Kaufmännische Verein zu Posen.

Hundert Jahre Entwicklung eines deutschen Vereins von Dr. Hermann Kaufmann.

Beim Handlungsgehilfen oder, wie sie sich nannten, „Gehilfen der christlichen Kaufleute zu Posen“ traten im Jahre 1821 angefaßt der Kaiserlichen wirtschaftlichen Lage mit dem Zweck zusammen, einen Unterstützungsverein für ihre Berufsgenossen zu gründen. Das endgültige Statut, das am 18. September von 28 Gehilfen unterzeichnet wurde, gibt die erste Verfassung des Vereins, der nun nach mannigfachen inneren und äußeren Wandlungen eine lückenlose Entwicklung von 100 Jahren erreicht hat. Die Geschichte dieser 100 Jahre eines Vereins in Posen, des ältesten zur Zeit noch bestehenden, gewährt zugleich ein gutes Stück Entwicklungsgeschichte Posens unter deutscher Herrschaft. Sie ist ein Spiegel des wirtschaftlichen Aufstieges, aber auch der wechselnden inneren Schwierigkeiten. Die Festschrift, die anlässlich des 75-jährigen Stiftungsfestes von dem Vorstande des kaufmännischen Vereins herausgegeben wurde, gibt in einem kurzen Überblick das Wesentliche dieser Entwicklungsgeschichte, der nur ein Überblick der letzten 25 Jahre hinzuzufügen wäre. So gilt es heute, nicht dies Bekannte allein zu wiederholen, sondern die Summe des Fruchtbaren und Bleibenden aus der Geschichte des Vereins für die Vergangenheit und Gegenwart zu ziehen. Es ist hierbei nicht zu übersehen, daß der Verein, der vor 100 Jahren gegründet wurde, seinen inneren Zielen und seinen Mitgliedern nach anders geartet war, als der kaufmännische Verein es jetzt ist. Entwideln heißt sich wandeln, den immer neuen Aufgaben innerlich und äußerlich gerecht zu werden versuchen.

Und so tritt auch die Gegenwart, den veränderten Bedingungen um uns Rechnung tragend, mit der eindringlichen Forderung an den Verein heran, die alten Ziele zu prüfen und neue Aufgaben aus dem beherrschten Geiste heraus sich zu stellen. Was in den 100 Jahren sich in der wechselnden Form gleich blieb und auch weiter gleich bleiben muß, war der Geist der Gemeinschaft, sozialen Opferfinns und der Wille zu echter Berufs- und Charakterbildung.

Aus bescheidenen Anfängen heraus entstand der Verein zu einer Zeit wirtschaftlicher Not, die, wenn auch anders geartet als unsere gegenwärtige, doch nicht minder auf ganz Europa lastete und die Folge der napoleonischen Kriege war. Mangel an Geld und Kredit behinderten Handel und Gewerbe. Ausland war Preußen gegenüber zum Prohibitionsystem zurückgekehrt, Posen war allein auf Konsum- und Exporthandel nach Rußland angewiesen. Ersterer war durch die Verarmung des Adels und die allgemeine Gewerbelosigkeit zurückgegangen, letzterer durch die Grenzsperrne vernichtet. So war die Lage für die Kaufleute, die sich zu Beginn der neupreußischen Zeit zu einer Vereinigung christ-

So legt das etwas veränderte Statut von 1864 im § 5 des Artikels 1 „Von den Tendenzen des Vereines“ fest, daß die Bildungspflege zu erzielen sei: 1. Durch Unterhaltung einer zweimähtigen Bibliothek. 2. Durch wissenschaftliche Vorträge und Unterricht in den Handelswissenschaften. 3. Durch gefällige Zusammenkünfte.

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts ist auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, durch die Entwicklung des freien Vereinswesens in nicht zu unterschätzender Weise beeinflusst worden. Der Verein war in gewisser Weise an die Stelle der Gewerke und Zünfte getreten, deren letzte Reste in der Provinz Posen erst durch das Gesetz von 1833 aufgehoben worden waren. Wie diese war der Berufsverein in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht allein eine Berufsorganisation, sondern auch eine kulturelle Vereinigung. Dem Geiste echter Hilfsbereitschaft und Zusammengehörigkeit gesellte sich ein Bildungsdrang, der aus der Gedankenwelt unseres klassischen Zeitalters der Humanität entsprossen und mit den neuen Ideen des jungen deutschen Liberalismus genährt war, und leistete so unter Mitwirkung selbstloser Männer, die mit reichem Wissen, sozialem Verantwortungsgefühl verbunden in enger und weiteren Kreisen eine bedeutungsvolle Arbeit der Erziehung und Fortbildung, die um so fruchtbarer war, als sie nicht von außen oder Staats wegen verlangt wurde, sondern aus eigenem freien Willen floß. So wirkte in Posen in jenem Jahre um die Mitte des Jahrhunderts neben unserem Vereine der Handwerkerverein, in dem in Vorträgen führenden Männer der Stadt von ihrem Wissen in volkstümlicher Form zur Erziehung und Aufklärung spendeten. Als einer der hervorragendsten der Redigialrat le Viseur, der in unermüdlicher Arbeit auf vielen Gebieten vor allem aber der Medizin zur Aufklärung und Erziehung breiterer Kreise beitrug. Fragestufen wurden aufgestellt, eine Geselligkeit, die der kaufmännische Verein bis jetzt noch beibehalten hat und wurden in den Sitzungen geöffnet, um die in ihnen niedergelegten Fragen öffentlich zu allgemeiner Belehrung zu beantworten. Gemeinsame Veranstaltungen von Festen, die bei den Handlungsgesellen als Kavallerieballen sogar zu einem besonderen Auf des Glanzes gelangten, und künstlerische Darbietungen trugen zur Erheiterung und Bildung bei. Am bedeutungsvollsten aber blieb neben dem Ziele gegenseitiger Hilfe die Bildungspflege und die Aussprache in regelmäßigen Zusammenkünften. Nicht Geselligkeit um der Geselligkeit willen wurde getrieben, sondern sie wurde allein das Mittel zu gemeinsamer Fortbildung und Erziehung. Und der Redigialrat, der vor 25 Jahren die Tendenzen des kaufmännischen Vereins charakterisierte, hob mit Recht hervor, daß das Praktische gegenüber dem Ideellen hat zurücktreten müssen. „Und mit Recht“, fügte er hinzu, „denn die höchste Gewalt befaßt nicht das Materielle, sondern die Idee.“

So ist im kaufmännischen Verein, der sich 1863 den Namen „Verein christlicher Handlungsgehilfen“ gab, ein gutes Stück Kul-

Krieges großer Dales. Wir werden noch überall schwere Jahre erleben. Einmal kommt doch die Zeit, wo auch Rat sein wird. Hoffnungslos ist die Lage eigentlich nicht. Schwierigkeiten sind vorläufig überall, und gegenwärtig läßt es sich nicht ändern. Das selbe sehen wir in unserem Leben. Der Kasten wird dauernd umgedreht, einmal ist der Defekt oben, einmal wieder unten. Der schwarze Mann kommt an uns heran in Gestalt der Militärpflicht in Polen. Wir wohnen heute in einem solchen Zustande, in dem wir uns nicht recht wohl fühlen. Daran ist nichts zu machen. Wenn wir hier wohnen, müssen wir alle unsere Pflichten tun. Der Heeresdienst gehört auch zu diesen Pflichten. Daran müssen sich unsere Mütter gewöhnen. Ein großes Unglück ist er nicht. Schließlich leben wir jetzt im Frieden, und die Sache ist nicht so schlimm. Mancher von uns war im Alter von über 40 Jahren im Schützengraben, und wir haben uns hineingefunden. Es wird auch deshalb nichts schaden, daß unsere vermögenden Söhne daselbst auch durchmachen. Jetzt ist doch keine Gefahr. Begeisterung wird nicht verlangt, die Hauptsache ist Pflichterfüllung. Wir haben schon viel Schlimmeres erlebt. Unsere Pflicht ist es, die Frauen zu beruhigen. Es gibt leider unter uns viele Schwarzseher. Es ist keine Veranlassung zum Schwarzsehen, denn in der Welt wird sich alles mit der Zeit beruhigen. Ich bürge dafür, daß es auch hier der Fall sein wird. Wir müssen bedenken, daß, falls Deutschland seine Zahlungen einstellt, die Besetzung durch die Entente erfolgt. Dann wird es erst recht schlimm. Dann werden sämtliche Steuern von der Entente eingezogen. Der Staat, in dem wir leben, wird sich auch erholen. Polen ist ein Agrarstaat und hat die besten Hoffnungen auf ein Gelingen. Ich möchte bitten, dringend bitten, sich nicht einschüchtern zu lassen. Der Mann muß der Überwinder der Unruhe sein. Die Männer dürfen sich nicht wie Erbsen vom Winde fortblasen lassen."

Keine Aenderung der Eisenbahn-Perzonentarife.

Das Eisenbahnministerium gibt mit Bezugnahme auf die verschiedenen Zeitungsmitteilungen, die von einer Erhöhung oder Herabsetzung des Eisenbahntarifs für Personen und im Güterverkehr berichten, bekannt, daß weder eine Erhöhung noch eine Herabsetzung in letzter Zeit beschlossen wurde. Eine Ausnahme bilden die Tarife für den Auslandsverkehr, die mit dem 1. Dezember d. J. um 30-40 v. H. herabgesetzt werden und zwar für bearbeitetes Aufholz und Eisenbahnmaterial. Ebenso wird der Ausfuhrtarif für Erdöl (s. B. Benzin, gereinigte Naphtha und Schmieröl) von demselben Zeitpunkt ab um 30-40 v. H. herabgesetzt, um die Ausfuhr aus Polen zu erleichtern.

Preisabbau und Arbeitslöhne.

Am Mittwoch fand eine Konferenz der Vertreter des Preisverbandes der Arbeitgeber mit den Vertretern der Berufsarbeiterverbände statt. Sie war einberufen, um die Herabsetzung der Löhne, beginnend mit dem 1. Dezember, zu besprechen. Auf der Konferenz wurde eine Verständigung nicht erzielt, da die Arbeitgebervertreter der Meinung waren, daß noch nicht der Augenblick gekommen sei, die Löhne wegen der zum großen Teil noch anbauenden hohen Preise für Artikel des täglichen Bedarfs herabzusetzen. Die Arbeitgebervertreter nehmen an, daß dieses erst nach Weihnachten erfolgen könne. Wie dem "Posten" berichtet wird, haben die Gründe der Arbeitgebervertreter die Arbeitgeber nicht überzeugt. Diese behaupten, daß die Herabsetzung der Löhne eine Notwendigkeit sei, und wenn es ihnen nicht gelingt, diese durchzuführen, werden sie gezwungen sein, die Produktion bedeutend einzuschränken. Infolgedessen wird ein bedeutender Teil der Arbeiter ohne Arbeit und ohne Erwerb sein.

Es braucht wohl nur darauf hingewiesen zu werden, daß dem dem von uns wiederholt berichteten Preisabbau auf verschiedenen Gebieten doch wieder zahlreiche Verteuerungen der Lebenshaltung in diesem Monat neu gegenüberstehen, die die Verbilligungen nahezu restlos aufheben. Erinnert sei nur an die Preiserhöhungen für Kohle, Gas, Brennsprit, Petroleum, Zucker usw. Ferner sei darauf hingewiesen, daß der jährliche Sturz für Schweinepreise, der am Freitag voriger Woche 3000 M. für den Zentner Lebendgewicht betrug, inzwischen wieder behoben ist; die Schweine erster Sorte kosteten in dieser Woche 17 000-18 000 M. der Ztr. Lebendgewicht. Von einem Preisabbau kann mithin auch hier nicht die Rede sein. Höhere Schulen haben in diesem Monat eine Erhöhung des Schulgeldes um 2500-4000 M. vorgenommen, und es ist leider zu befürchten, daß diese Schulgeldderhöhungen noch nicht ausreichen werden, um die Bedürfnisse der betreffenden Anstalten zu decken. Eine Anzahl von deutscher Arbeitgebern hat sich, soweit uns bekannt ist, dieser Tatsache nicht verschlossen und denkt deshalb einstweilen noch

tunarbeit geleistet worden. Wie er indessen aus der Zeit äußerer Not entstand, so blieb er auch weiterhin nicht unbeteiligt von dem größeren Entwicklungsgang, den Polen nahm. Er nahm teil an dem wirtschaftlichen Aufschwung, aber er blieb auch nicht unbeteiligt von dem in den 60er Jahren beginnenden Nationalitätenkampf. Der 1821 gegründete Verein schloß deutsche und polnische junge Leute zusammen, wenn auch das deutsche Element weitestgehend überwand. 40 Jahre hindurch blieben beide Nationen in demselben Zusammenhange, dem gleichen Ziele dienend. So war auch das Statut von 1864 in deutscher und polnischer Sprache gedruckt, bis mit der letzten polnischen Erhebung im Jahre 1862 die nationalen Gegensätze in voller Schärfe zutage zu treten begannen. Bei den im Jahre 1865 fälligen Vorstandswahlen benutzten die Polen ihre Macht, das deutsche Element aus dem Vorstande zu drängen. Die Mitgliederzahl, die bis 1863 etwa 150 betragen hatte, stieg in wenigen Wochen durch die Agitation auf 240. So war es möglich, daß bei der Generalversammlung eine Dreifünftelmehrheit nur Polen in den Vorstand brachte, und daß die Deutschen, die zum größten Teil das bisherige Vereinsvermögen in Höhe von ca. 8000 M. zusammengebracht hatten, jeden Einfluß bei dem Verein verloren. Es darf heute um so weniger verschwiegen werden, wie hier im Angeficht der deutschen Behörden ein parteilicher Verein polonisiert wurde, als gegenwärtig das Umgekehrte kaum möglich sein dürfte. Die Folge war, daß die deutschen Mitglieder aus dem Verein austraten und in einer neuen Generalversammlung sich zu einem besonderen Verein zusammenschlossen, dem indessen jedes Recht auch auf den kleinsten Teil des Vereinsvermögens, auf das Inventar, und die Bibliothek seitens des polnischen Vorstandes vorenthalten blieb. Der Prozeß, der darauf angestrengt wurde, währte bis 1873 und endigte mit einem für die Deutschen nicht günstigen Vergleich.

Der neue, nun rein deutsche Verein, blieb in der bisherigen Form bis 1874 bestehen. In einem eigenen Vereinslokal, das sich Alter Markt 58 befand, entwickelte sich neues Leben. Bis zu 30 Schülern wurden ordentliche Mitglieder. Ein reiches Vortragswesen unterrichtete über literarische, naturwissenschaftliche und wirtschaftliche Fragen. Eine neue Bibliothek wurde gebildet. Indessen machte sich nach einigen Jahren der Umstand für das Vereinsleben als hemmend geltend, daß nur Schülern und Lehrlinge ordentliche Mitglieder sein durften. Es wurde deshalb, nachdem 1874 der Verein den Namen "Kaufmännischer Verein zu Posen" angenommen hatte, 1878 beschlossen, daß alle Mitglieder stimmberechtigt sein sollten. Es ist nicht zu verkennen, daß hiermit eine wesentliche Änderung vollzogen wurde. Aus einem Verein kaufmännischer Angehörten wurde ein Verein, in dem die selbständigen Kaufleute in naturgemäßer Entwicklung bald das Übergewicht erlangten. Aus einem Institut der Selbsthilfe wurde eine Organisation, die sich zwar der Selbsthilfe annahm, insbesondere der Ausbildung der Lehrlinge durch eine eigene Kan-

nicht an eine Herabsetzung der Arbeitslöhne und der Privatbeamtengehälter.

Männerturnverein Posen G. V.

Einer der ältesten und bekanntesten Bürger Posen verläßt demnächst unsere Stadt. Es ist dies der Oberturnlehrer Emil Klok. Einen unerföhrlichen Verlust erleidet durch diesen Fortgang der Männerturnverein Posen. Schon in seinen jungen Jahren hat Herr Klok erkannt, daß der edle Turnsport das beste Mittel ist, seinen Körper und Geist frisch und gesund zu erhalten. Mit dem Wahlspruch "Frisk, fromm, fröhlich, frei" trat er dem damaligen neugegründeten Männerturnverein bei und widmete sich mit frischer Kraft der Turnsache, die ihn bis in sein heiliges Alter frisch und gesund erhalten hat. Fast 60 Jahre Mitglied, hat er vorbildlich für den Verein und für das Turnen in Stadt und Provinz Posen gewirkt. Wegen seiner besonderen Verdienste wurde der Scheidende 1880 in den Vorstand gewählt und kann somit auf eine 41jährige Vorstandstätigkeit zurückblicken. Im Jahre 1885, bei der Enthüllungsfest des Jahndenkmal, wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft des Vereins verliehen, 1890 nahm er den 1. Vorsitz des Vereins an, den er 25 Jahre inne hatte, um ihn dann als Ehrenvorsitzender zum Segen und Wohle des Vereins bis zum heutigen Tage weiter zu führen. 1880 wurde die Kette aller Herren gegründet, deren Leitung Oberturnlehrer Klok übernahm und weit über 30 Jahre inne hatte. Aber auch außerhalb Posen hat er für die Turnerei gewirkt. Für den im Jahre 1888 abgehaltenen Turntag in Eisenach wurde er zum Abgeordneten gewählt. Er war auch Vertreter an den Turntagen in Koburg (1887), Hannover (1891), Göttingen (1895), Naumburg (1899), Berlin (1904), Worms (1907). Auch für den Turntag in Dresden (1911) wurde er vom Kreisturntag zum Abgeordneten gewählt. Im Jahre 1880 wurde er in den Gauratrat gewählt und ihm das arbeitsreiche Amt als Gauratrat übertragen. 1900, nach 20-jähriger Tätigkeit, legte er das Amt nieder. Der Gauratrat ernannte ihn als Dank für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit zum Ehrenmitglied des Gauratrats. Auf dem in Breslau (1904) abgehaltenen Kreisturntag wurde er in den Kreisturnrat, und zwar als stellvertretender Kreisturnrat, gewählt. Auch auf den Turnfesten mußte er des öftern als Kampfrichter seine Dienste der guten Sache widmen und hat auch hierin parteilos und gewissenhaft sein schweres Amt zum Wohle der Allgemeinheit versehen. Die verdienten und erwachten Verhältnisse veranlassen ihn, seinen Wohnsitz nach W a r n e m ü n d e zu verlegen, um im Kreise seiner Angehörigen von seinem arbeitsreichen Leben auszurufen. Wieviel Mühe und Tatkraft hat er aufgewendet, wie viele Opfer an Zeit hat er im Laufe der Jahre gebracht, um der Turnsache zu dienen und sie zu fördern. Dem getreuen Manne für seine rastlose Tätigkeit im Verein, im jahrelangen Dienst gebührt innigster Dank. Möge er seinen Lohn in dem Bewußtsein finden, einer guten Sache gedient zu haben. Der Männerturnverein wünscht ihm noch recht lange Jahre der Ruhe und des ungetrübten Glückes und wolle diese Wünsche unterstützt von einem großen Teil der hiesigen Bevölkerung.

Zu Ehren des Scheidenden veranstaltet der Turnverein am nächsten Freitag abends 8 Uhr im kleinen Saale der Loge (Eingang im Hausflur, ul. Grobla 25, früher Grabenstr.) einen Abschiedsabend in Form eines Festkommers. (Siehe heutige Anzeige.)

X Auf die allgemeine Rattenvertilgung, die vom Starostwo Grodzkie für den kommenden Donnerstag und Freitag angeordnet ist, sei nochmals mit dem Vermerken hingewiesen, daß jeder Hausbesitzer, der die Auslegung von Gift unterläßt, in eine Geldstrafe von 1500 Mark genommen wird. Soll diese Rattenvertilgung wirklich allgemein sein und so nicht um ihren Erfolg gebracht werden, dann muß sie sich selbstredend auch auf alle öffentlichen Gebäude erstrecken. Unter allen Umständen muß sie auch im Zoologischen Garten vorgenommen werden. Denn dieser ist als ein wahres Dorado der ehesten Rager anzusehen. Wird in ihm die Vertilgung der Ratten unterlassen, dann wird auch die Wirkung der Maßnahmen für die engere und weitere Nachbarschaft hinfällig. Daß man mit dem Auslegen von Gift im Hinblick auf die Tiere des Zoologischen Gartens besonders vorsichtig sein muß, ist selbstredend. Früher pflegte man im Hinblick auf die Gefahr des Giftauslegens im Zoologischen Garten andere Vertilgungsmaßnahmen. Wie Auslegen von Meerzwiebeln, die für andere Tiere unschädlich sind, und Abschießen zu ergreifen.

Der Hauptverband der Kleintierzüchter der früheren Provinz Posen hielt am Sonntag, 20. d. Mts., in Bromberg im Anschluß an die Geflügelstellung in Klosses Sälen unter der Leitung des Seminarlehrers Will eine Vertreterversammlung ab, an der auch der Geschäftsführer der Kleintierzuchtvereinigung der Großpolnischen Landwirtschaftskammer in Posen teilnahm. Es wurde einstimmig beschlossen, den Verband weiterbestehen zu lassen. Um die Geschäftsführung zu erleichtern, soll der Sitz des Verbandes in Posen sein. In den Vorstand wurden die Herren Schulte, Pawlak, deßschule sich angelegen sein ließ, im ganzen doch aber das Übergewicht des Vereins auf den selbständigen Kaufmann legte. Es beruht dies letzten Endes auf geistigen Wandlungen, denen sich weder der Einzelne noch eine Organisation innerhalb ihrer Zeit entziehen kann. Aus dem freien geistigen Bildungsdrang und der Opferwilligkeit wurde soziale Fürsorge zunächst noch getragen von den Arbeitgebern in der Form der Vereinsstätigkeit, bald indessen abgelöst durch den Staat und seine Organisation. Das heißt, der Entwicklungsgang, der sich im 19. Jahrhundert auf allen Gebieten zeigte, von der Selbsthilfe zur staatlichen Fürsorge mit seiner großen Leistung, aber auch seiner innerlichen Schwäche, machte sich auch hier geltend.

Der kaufmännische Verein hat in den folgenden Jahrzehnten, insbesondere bis 1907, wo seine Handelschule der städtischen Schule Platz machte, mit der eben gekennzeichneten Einschränkung, eine bedeutungsvolle Tätigkeit entfaltet. Die Sitzungen behielten bei Revision und teilweiser Erweiterung in den Jahren 1891, 92, 93, 95 und 1905 im allgemeinen Geltung bis 1912, wo eine wesentliche Änderung eintrat, auf die noch zurückzukommen ist. Die Rechtsfähigkeit erlangte der Verein 1900. Die Mitgliederzahl wuchs von 95 im Jahre 1875 auf 220 im Jahre 1896 und hielt sich auf dieser Höhe von 210-220 auch weiterhin, von geringen Schwankungen abgesehen. Dies ist erst nach dem Kriege infolge der überfließen Abwanderung anders geworden. Zurzeit beträgt die Mitgliederzahl des Vereins 110. Der Verein hält sich trotz der Abwanderung auf diesem Stande. Als erste Vorsitzende leiteten den Verein seit dem 75jährigen Stiftungsfeste: bis 1903 Herr Schulz, Kommerzienrat Stiller von 1904-10, von 1911-18 Herr Wagner, von 1919 ab der Kaufmann Albold. Als zweite Vorsitzende waren tätig die Herren: Kirsten 1896-97, Schubert 1898, 1899 Range, 1900-1902 Werner, 1903-1910 Herr Beske, Herr Ede 1911-12, 1913 Herr Wilm, 1914-16 Herr Klüber, 1918 Herr Gampel, 1919 Herr Reichel, 1920-21 Herr Schlep. Als älteste Mitglieder gehören zurzeit dem Vereine an: von 1873 Herr Gampel; er hat das seltene Glück gehabt, als Lehrling das 50jährige Stiftungsfest, als Kaufmann das 75jährige und nun in voller Mündigkeit das 100jährige Fest zu feiern. Ihm folgen Herr Franz Beske von 1883 ab, ebenso sind Mitglieder seit 1883 die Herren Wilhelm Wiegand, Klüber, von 1892 sind Mitglieder die Herren Kommerzienrat Stiller und Kurt Voeltger, von 1893 Herr Christian Schäfer. Das 75jährige Stiftungsfest feierten außerdem noch mit Herr Landtagsabgeordneter Andler, der damals den Festvortrag verlas, die Herren Kaufleute Eggbrecht und Appel. In besonderen Antern haben sich in dem letzten Vierteljahrhundert die Herren Beske als stellvertretender Vorsitzender und Klubdirektor, Schäfer als langjähriger Kassierer, Voeltger als Bibliothekar und Schriftführer um die Entwicklung des Vereins verdient gemacht.

(Fortsetzung folgt.)

Kreideweis und Kellermann-Posen und als Obmann für die einzelnen Zweige der Kleintierzucht Will und Reitz-Bromberg. Pawlak-Posen und der Vorsitzende des Vereins in Jaroschin gewählt.

Der Verein deutscher Sänger in Posen veranstaltet am Sonntag, dem 4. Dezember, im großen Saale des Evang. Vereinshauses das schon vor ein ger Zeit angekündigte Volksmischekonzert. Als Mitwirkende sind u. a. Fräulein Erika Biging-Mann (Sopran) und Konzeptsmeister Ehrenberg (Violine) gewonnen. Außer einer Reihe unserer schönen deutschen Volkslieder, die der Verein zum Vortrag bringen wird, kommen Werke von Haydn, Schumann, Mendelssohn-Bartholdy und Chopin zu Gehör. Fleißige Vorbereitungen berechtigen zu sagen, daß die Veranstaltung wirklich nur Gutes bringen wird. Um den Besuch allen zu ermöglichen, hat der Verein die Eintrittspreise so niedrig angesetzt, daß nur die Unkosten gedeckt werden. Näheres in der heutigen Anzeige.

X Bei der Arbeit verschüttet wurde am Donnerstag in den Kiesgruben am Schilling der im besten Mannesalter stehende Arbeiter Ludwig Nowak aus Karamowice. Er wurde von der erit geherrn Nachmittag zur Hilfeleistung gerufenen Feuerwehr natürlich nur als Leiche zu Tage gefördert. Der Verunglückte hinterließ außer der Frau mehrere Kinder. Die Vergung der Leiche war mit großen Schwierigkeiten verknüpft, da die Kesselschichten immer wieder nachrutschten und die Leiche verschütteten, so daß die Feuerwehrleute selbst in großer Lebensgefahr schwebten.

ng. Gzarnhas, 24. November. Zu einem Feste erhebener, ernster Weise gestaltet sich am Sonntag die Feier des Totensonntags in der evangelischen Kirche. Es galt nämlich nicht nur zu gedenken der Toten des vergangenen Jahres, sondern es war eine Totenfeier im edelsten Stil für die im Weltkrieg Gefallenen des hiesigen Kirchspiels. Zum Andenken für die gefallenen Helden war durch freiwillige Gaben von Nah und Fern eine erhebliche Summe zusammengebracht, wofür eine herrliche Gedenktafel mit den Namen der 74 Gefallenen gefertigt war, die an diesem Tage eingeweiht wurde. Die Gedenktafel wurde dem Helden heimgekehrten Krieger, 44 an der Zahl, hatten aus eigenen Mitteln noch einen wunderbaren Kranz gestiftet. Vor Beginn des Gottesdienstes versammelten sich die Krieger im Gemeindehaus, und mit dem Glockenschlag 10 betraten sie in geschlossenem Zuge das Gotteshaus. Es war ein erhebender und tief ergreifender Augenblick, als diese 44 Männer eintraten; die eine Glode, die noch übrig ist, läutete, die Orgel spielte und die ange Gemeinde — die Kirche war gedrängt voll — erhob sich zur Ehrung für die Eintretenden. Voran schritt ein Krieger mit einem Kissen, auf dem die Eisernen Kreuze der Gefallenen lagen, dann folgte der Kranzträger, rechts und links begleitet von zwei Kameraden, hinter diesen die noch übrig gebliebenen 5 Veteranen von 1870/71 und dann der ganze Zug. Kissen- und Kranzträger knieten vor dem Altar zu kurzem Gebet nieder und legten dann das Ordenskreuz und den Kranz an der Gedenktafel nieder. Die Liturgie wurde durch Gesänge eines Mädchenchors, der mit vielem Fleiß eingeübt und herzerhebend zum Vortrag gebracht wurde, verschönt. Darauf betrat der Ortspastor, Pastor Labenski, die Kanzel und hielt eine wohlüberdachte, recht zu Herzen gehende Predigt über das Schriftwort, daß keiner größerer tun kann, als das Leben zu lassen für die Brüder. Wenn auch unsere lieben Toten in Nord und Süd, weit in allen Landen zerstreut zum ewigen Schlaf gebettet sind, so scheint doch Gottes Sonne überall hin und bringt auch den Trauernden dabei wieder einen Strahl des Trostes. Dann wurden noch die Namen der Toten verlesen. Hierauf geschah vor der Tafel, die an einer Wand der Kirche aufgehängt war, die feierliche Weihe, die damit auch dem Schutz der Gemeinde übergeben wurde. Mit einem gemeinsamen Gesang schloß diese würdige und zu Herzen gegangene Feier. Frauen und Mädchen aus dem Dorfe hatten tags zuvor Kränze und Girlanden gewonnen, um das Gotteshaus so schön als nur möglich zu schmücken; es war ihnen alles gut gelungen, alle Kronleuchter waren voll mit brennenden Kerzen bestetzt, die alle freiwillig gestiftet waren. Es war ein miunter tiefergreifender Anblick, als tags zuvor manche alte Mutter und mancher Vater ein mühsam zusammengeholtes Licht brachte, um es für ihren Sohn zu stiften. Gerade aber in dieser freiwilligen Gabe lag ein tiefer, schöner Sinn. Die Tafel selbst ist ein Kunstwerk, hervorgegangen aus der Kunstschlerei Wilde in Ostrowo; sie ist eine wirkliche Zierde der Kirche.

* Thorn, 23. November. Die für die Kreistagswahl im Kreise Thorn eingereichte deutsche Liste ist gestrichen worden. Die deutschen Wähler haben also nur die Möglichkeit, sich der Wahl zu enthalten oder aber einer polnischen Liste ihre Stimme zu geben.

Aus Ostdeutschland.

* Schneidemühl, 24. November. Der Termin in Sachen des Prinzen Leopold gegen den Fiskus wegen der Herrschaft Ratow-Krojanke ist zum wiederholten Male auf Mitte Januar 1922 verschoben worden.

Neuerwerbungen der Deutschen Bücherei Posen.

(Ausleihzeit wochentags von 1/12 bis 1/1 und von 1/5 bis 1/7 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen.)

Belletristische Literatur.

Bulke, Karl: Silles Liebe. Molo, Waltherr von: Luise. Michaelis, Sophus: Nebel. Weigand, Wilhelm: Der Ring. Ein Roman. Dornau, G. von: Kilmanns mit n Strich. Hum. Roman. Schredenbach, R.: Markgraf Gero. Hartleben, Otto: Die goldene Zweig. Kille, Rainer Maria: Das Buch der Vieber. Philipp, Felix: Cornelia. Gillehoff, Johannes: Jörnabow. Tagere, Robindranath: Gitanjali. Guch, Friedrich: Enzo. Löns, Hermann: Das zweite Gesicht. Wildgans, Anton: 30 Gedichte. Guch, Ricarda: Teufeleien. Dehmel, Richard: Der Mittenfischer. Heer, Joh. Chr.: Laubgewind. Bahn, Ernst: Einmal. Guch, Ricarda: Aus der Triumphgasse. Bahn, Ernst: Albin Andergand. Busch, Wilhelm: Fisch und Blum. Baldwin Wählamm. Fleuron, Ewald: Strig. Mehrind, Gustav: Das grüne Gesicht. Reus, Jffe: Priester der Kali. Seimann, Moriz: Gleichnisse. Sternheim, Karl: Der Geizige. Burmeister, Marie: Gottfried Hissens Haus. Spedmann, Dietrich: Heidenreichs Dorf. Ernst, Otto: Reising. Zweig, Arnold: Bennarone. Fischer in Graz: Die Freude am Licht. Reifiger, Hans: Marie Marleen. Egid, Emmy von: Die Prinzessin vom Monde. Ernst, Paul: Altitalienische Novellen. Gorki, Maxim: Nachtschl. Annunzio, Gabriele d': Die Gioconda. Schnitzler, Artur: Medardus. Sigbjörn, Obstkelder: Novellen. Tode, Genrh: Der Ring des Frangipani. Burg, Paul: Die litauische Braut. Dauthenden, Elisabeth: Junger. Sid, Ingeborg, Maria: Ein Blumenstrauß.

Staats- u. Hefisch.

Gurwicz, Elias: Zur Reform des politischen Denkens. Christensen, Arthur: Politik und Massenmoral. Conrad, G.: Leitfaden zur politischen Ökonomie. T. 1, 2. Luther, Arthur: Die geistige und politische Vorstellungswelt der Volkswirtschaft.

Medizin.

Gasterik, Adolf: Von Reiz- und Nahrungsmitteln. Von Seife und Trank.

(Fortsetzung folgt.)

Angriff der Volksparteiler auf den Abg. Zamorski.

Warschau, 25. November. Nach dem misslungenen Angriff auf den Erzbischof Teodorowicz griffen die Volksparteiler gegenwärtig den Abg. Zamorski an. Am Dienstag brachte der Abg. Debski einen dringenden Antrag ein, um den Abg. Zamorski für die Broschüre über die Lage in Polen, die er in Amerika herausgab, dem Marischallgericht zu übergeben. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut: Bedenkend, daß die Agitation des Herrn Abg. Zamorski bei den amerikanischen Polen das Vertrauen zu der Regierung der Republik Polen untergräbt und die Lokalisierung einer polnischen Anleihe in Amerika unmöglich macht und endlich, daß die Meinung des Abg. Zamorski, die er öffentlich in Amerika ausspricht und die sich gegen das polnische Militär und den Staatspräsidenten wendet, den die Volksparteiler als Verleumder beschimpfen, von den Feinden des Staates ausgenutzt wird und die Gesamtheit Polens bedroht, die Volksparteiler beantragen, diese Angelegenheit dem Marischallgericht zu überweisen.

Der Klub des Nationalen Volksverbandes beschloß gestern die Angelegenheit und beschloß, dem Marischallgericht die Kompetenz für öffentliche Angelegenheiten, die außerhalb der Kammer geschehen, abzusprechen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Zumutungen in der französischen Kammer. In der Montag-Sitzung wurde eine Interpellation kommunistischer Abgeordneter bezüglich des Falles Marth und Badina eingereicht. Die Regierung verlangte, daß die Interpellation hinter die bereits vorliegenden zurückgestellt werde. Cadix verlangte die sofortige Beantwortung. Nach ihm verlangte Barthou ebenfalls die sofortige Beantwortung und betraf die Achtung vor dem allgemeinen Stimmrecht. Als Barthou erklärte, daß Frankreich einen verheerenden Krieg gegen Rußland geführt habe, entstand ein furchtbarer Tumult. Barthou wurde zur Ordnung gerufen. Der Präsident beantragte die Zensur gegen ihn.

Kongreß der Auslandsdeutschen. Am 1. und 2. Dezember findet in Hamburg der 2. Kongreß der Auslandsdeutschen statt, auf dem vor allen Dingen über die wichtige Frage der Liquidationsschäden gesprochen werden soll.

Neues vom Tage.

Schweres Eisenbahnunglück bei Leipzig. Auf dem Rangierbahnhof Engelsdorf bei Leipzig fuhr eine Rangierlokomotive mit voller Geschwindigkeit in eine Streckenarbeiterkolonne. Fünf Personen wurden von der Lokomotive erfasst und überfahren. Drei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie bald darauf starben. Die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Das Unglück hatte seine Ursache darin, daß der Rauch anderer vorbeifahrender Lokomotive die Kolonne völlig einhüllte, so daß sie das Herannahen der Rangiermaschine nicht bemerkte.

jahrenden Lokomotive die Kolonne völlig einhüllte, so daß sie das Herannahen der Rangiermaschine nicht bemerkte.

Ein furchtbares Brandunglück in einem Kino in Harburg ist durch fruchtlosen Versuch, die Schuld zu verlagern, das Kino befindet sich im ersten Stockwerk eines einstöckigen alten Giebelhauses. Im Hochparterre ist eine Gastwirtschaft, über der das Kino liegt, zu dem nur eine einzige Haupttreppe führt. Im Saale befanden sich bei Ausbruch des Feuers gegen dreihundert Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren. Der Haupteingang liegt im Winkel, in welchem natürlich die vor Angst befinnungslosen Kinder in einem Haufen übereinanderstürzten und dadurch den Weg sperrten. Der Notausgang war geschlossen und außerdem noch durch Eisenstangen vor dem Öffnen gesichert. Auch ein dritter Ausgang, der durch eine Kantine in eine einem anderen Unternehmer gehörige Gastwirtschaft führte, war verschlossen. Das Schlimmste aber war, daß die Filme im Vorstellungsraum nicht in einem feuerfesten Blechkasten aufbewahrt wurden, sondern drei Stiele übereinander an der Wand an Nägeln hingen, so daß sie sofort von der Flamme des in Brand geratenen Films erfasst wurden. Als die Feuerwehrleute mit Rauchhelmen auf Rettungsleitern durch die Fenster in den Saal eindringen, fanden sie die Kinder jammernd und befinnungslos in Haufen zum Teil erstarrt übereinander liegend vor. Trotzdem es sich um eine Kindervorstellung handelte, befand sich kein Aufsichtspersonal im Saal. Nur die Kinobesitzerin stand in der Tür. Die Untersuchung der Kinderleichen — es handelt sich um 12 — ergab, daß keines der Kinder verbrannt ist, sondern alle erstarrt und zu Tode getreten worden sind. Die Kinobesitzerin sowie der Vorführer sind verhaftet.

Die Lippe'sche Landesbibliothek niedergebrannt. Dienstag nachmittag ist die Lippe'sche Landesbibliothek, ein vielstöckiges Gebäude, vollständig niedergebrannt. Die Bibliothek ist 1614 gegründet und umfaßt ca. 150.000 seltene Bände und Schriften und war eine der größten Bibliotheken Deutschlands. Es sind etwa 30.000 Bände durch den Brand vernichtet. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen. Vier Schüler wurden bei den Löscharbeiten erheblich verletzt.

Briefkasten der Schriftleitung.

B. in R. Sie haben richtig gelesen. Laut § 15 Abs. 7 der von uns in Nr. 202 des „Pos. Tagebl.“ veröffentlichten Bestimmungen über die Stadtverordnetenwahlen muß zwischen der Bekanntmachung über die Wahlen und der Wahl selbst eine Frist von mindestens sechs Wochen und höchstens acht Wochen verfließen sein.

S. in L. „Oberflächliche Grenzzeitung“ in Weuthen O.S. und „Wiarus Polski“ in Wochum, wären unseres Erachtens die für Sie in Frage kommenden Blätter. 2. 1200 M. deutsches und 1000 M. polnisches Geld.

E. in St. Gegenwärtig halten wir es für ausgeschlossen, daß Ihr Sohn auf Erteilung der Auflassung rechnen darf. Wir empfehlen jedoch, nichts zu überhürzen, da wir es für sehr wahrscheinlich halten, daß die demnächst zu erwartenden deutsch-polni-

schen Verhandlungen auch in dieser Frage eine Klärung bringen werden.

D. B. 100. 1. Die 50prozentige Abgabe ist auch in diesem Falle zu zahlen. 2. Der Tausch wird auch dann noch möglich sein. 3. Rund 290 M.

S. S. 14. Ihre beiden Anfragen sind zu bejahen.

R. S. Auch in Polen kann eine einmalige Abfindung einer Kriegsschädigung stattfinden.

Engelant.

Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die presserechtliche Verantwortung.

Zur Abwanderung der deutschen Lehrer aus Polen.

Aus deutschen Lehrerkreisen schreibt man uns: Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß von 8000 Lehrern des ehemals preussischen Teilgebiets 8000 Lehrpersonen abgewandert seien. Diese Angaben wurden in der Posener Kreis-synode gemacht im Gegensatz zu der Feststellung, daß von 800 evangelischen Geistlichen nur 50 abgewandert sind. Die ersten Angaben beruhen auf einem Irrtum, da in dem in Frage kommenden Gebiet laut amtlicher Statistik vom 15. November 1920 nur 8750 Lehrstellen vorhanden sind. Davon waren in der Wojewodschaft Polen 1484 deutsche Lehrstellen und in der Wojewodschaft Pommern 929 deutsche Lehrstellen. Von den 6387 polnischen Lehrstellen beider Wojewodschaften können schätzungsweise ein Drittel der Lehrkräfte deutscher Nationalität gewesen sein, deren Verbleiben selbstverständlich ausgeschlossen blieb. Von den 2363 Lehrkräften an deutsch-evangelischen Schulen sind nach letzter Verichterstattung wohl noch einige 700 hier verblieben, ganz abgesehen davon, daß viele deutsch-evangelische Schulen, die es nur dem Namen nach waren, weil die überwiegende Mehrheit der Kinder polnischer Nationalität waren, in polnische Schulen umgewandelt wurden, deren deutsche Lehrkräfte in diesem Falle auch der preussischen Regierung zur Verfügung gestellt wurden. Die Zahl aller verbliebenen und freiwillig abgewanderten deutschen Lehrer einschl. der deutschen katholischen dürfte hiernach kaum 4000 überschreiten. Augenscheinlich macht sich die Abwanderung deutscher evangelischer Lehrer angesichts des nahenden Opiertonsterms wieder stärker bemerkbar. Die Schulnot wird größer. Doch dieses historische Geschehen wird niemand aufhalten. Die Gründe, die ihn zur Abwanderung veranlassen oder gar zwingen, sind derart, daß sie selbst einer öffentlichen Kritik standhalten. Denn warum soll und muß es gerade der Lehrer sein, der als Kulturträger seine Persönlichkeit zum Opfer bringen soll in einer Volksgemeinschaft, in der er stets das „Mischenputtel“ war und bleiben wird, angesichts der sich bietenden Möglichkeit, im neuen Deutschland zur freieren Entwicklung seiner Persönlichkeit zu kommen? Denn wie schon die „Schulzeitung“ Beispiele gebracht hat und die allgemeine Erfahrung lehrt, findet der hier bodenständige deutsche Lehrer trotz der Schulnot immer noch nicht die Anerkennung und Wertschätzung, die diesem Stande gebühren. (Ed.)

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Die Hoffnungen, die man in Deutschland auf die Anwesenheit der Reparationskommission gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Reichsverband der Industrie wegen der Kredithilfe haben noch zu keinem Resultat geführt. Das Defizit im Reichshaushalt nimmt immer größeren Umfang an. Die Folgen all dieser unerfreulichen Umstände sind nicht ausgeblieben. Der Dollar erreichte am Freitag in Berlin wieder einen Kurs von 202,5, der Gulden stieg auf 10 575 und das Pfund auf 1182.

Die Reaktion der Polenmark auf diese Entwertung der deutschen Mark blieb nicht aus. Der letzte Kurs für Polenmark in Berlin war 8,375. An hiesiger Börse kam jedoch zu diesem Kurse kein Material an den Markt, da allgemein große Zurückhaltung gehbt wird.

Die Posener Effektenbörse blieb nach wie vor lustlos. Die Kurse mußten sich fast alle einen weiteren Niedgang gefallen lassen.

Auf dem Bankaktienmarkt notierten Bank Zwiazku-Aktien und Bank Kwiksi Potocki-Aktien unverändert 220 Prozent, während Bank Handlowy sich von 335 auf 330 Prozent erholt. Von offiziell gehandelten Industrierpapieren gaben R. Baricowski-Aktien I.-IV. Emission von 200 auf 190 Prozent, V. Emission von 170 auf 165 Prozent, Tegelski-Aktien wurden mit 220 Prozent umgekehrt. Centrala Stör-Aktien verloren 15 Punkte und notierten zuletzt 350 Prozent. Gurtownia Zwiazku-Aktien erhöhten ihren Kurs von 130 auf 140 Prozent. Gurtownia Drogerijna-Aktien notierten unverändert 180 Prozent. Luban-Aktien zogen von 580 auf 600 Prozent an. Dr. Roman May-Aktien gingen von 470 auf 425 Prozent zurück, konnten sich jedoch wieder auf 430 Prozent erholen. IV. Emission ging ebenfalls von 440 auf 400 Prozent zurück und zog wieder auf 410 Prozent an. Patria Zigaretten-Aktien notierten unverändert 350 Prozent. Poznan'ska Spółka Drzewna-Aktien gingen auf 1200 Prozent zurück, Rzymkownia Chemiczna-Aktien gaben von 200 auf 190 Prozent nach.

Von inoffiziell gehandelten Papieren verzeichneten Bank Przemyslowcow-Aktien einen Kurs von 210 Prozent. Bank Poznan'ski-Aktien wurden bei 130 Prozent angeboten. Zri-Aktien gingen auf 120 Prozent zurück. Wisla-Aktien gaben auf 765 Prozent nach. Arcona-Aktien gingen ebenfalls von 400 auf 390 zurück. Herzfeld und Victorius-Aktien notierten nach Abschlag des Bezugsrechtes erstmalig 260 Prozent Geld. Benzli Maschinen-Aktien zogen von 495 auf 500 Prozent an, gingen aber wieder auf 490 Prozent zurück. Bei Benzli-Aktien ist neuerdings eine Dividende von 22 Prozent zur Ausschüttung gelangt. Wagon Czerwona-Aktien wurden bei 155 Prozent angeboten. Orient Zigaretten-Aktien notierten 180 Prozent. Carmatia-Aktien 350 Prozent. Hartwig Kantorowicz-Aktien gingen auf 560 Prozent zurück.

Industriekrise in Polen.

Der „Postep“ vom 25. November schreibt: Von verschiedenen Seiten wird von einer ernstlichen Krise in der Industrie gemeldet. Diese hat fast alle Zweige der Industrie betroffen und wird zu einer Krise, die eine ernste Beunruhigung hervorruft. In Lodz arbeitet der größere Teil der Fabriken nur drei Tage in der Woche. Dasselbe geschieht in Warschau, Gienkoscchau und in der Dabrowaer Niederung. Wegen des Stillstandes in der Industrie wird sich eine große Zahl von Arbeitern ohne Arbeit und ohne Geld befinden. Die Krise in der Industrie bildet schon Beratungsgegenstand im Sejm. In dieser Angelegenheit wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht und angenommen und der Sejm wird in Kürze Vorlesungen treffen. Die Regierung hat ein großes Interesse an dieser Angelegenheit, und gerade gestern hat der Ministerpräsident und der Finanzminister und der Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge die Vertreter aller Berufsverbände ganz Polens empfangen. Es sprachen die Vertreter der Textilindustrie, der Leder- und Metallindustrie, die die Lage der von der Krise betroffenen Arbeiter darstellten. Die Minister informierten die Vertreter der Arbeiter darüber, was die Regierung zu tun beabsichtigt, um die Folgen der Krise zu mildern. Im Ministerium für Industrie und Handel versammelten

sich zu gleicher Zeit die Industriellen und legten ihre Forderungen vor, die auf der Zuteilung von Kredit, der Erhöhung des Zolls und der Erleichterung der Handelsbeziehungen mit Rußland beruhen.

Holzhandel in Polen.

Der Engröholzhandel wies folgende Entwicklung auf. Im Frühjahr d. J., wo die polnische Mark ziemlich tief stand, wurde für einen Wagon Kiefer- und Birkenholz 22.000 M. gezahlt. Als im Mai die polnische Mark stieg, fiel der Preis auf 18.000 M., im August, als die Mark wieder fiel, wurden in Kleinpolen für einen Wagon Buchenholz zum Brennen 25.000—26.000 M. bezahlt. In den Ostkreisen waren die Brennholzpreise verschieden. Im Juli kostete ein Quadratmeter Unterholz 400—550 M. Ende August zahlte man für Kiefern in rundem Zustand als Wald für den Kubikmeter in Garne 1500—2000 M., in Waranowice 3000 M., in der Nähe von Warschau 8000 M., Ende August kostete in Pommern der Kubikmeter Kiefernholz vom Stamm 9500 M., in Waranowice 13.500 M., im Sodaczewer Gebiet 15.000 M. Ein Meter beschittene Kiefern Bretter 17.000—18.000 M., Eichenholz 18.000—19.000 M. (im Frühjahr zahlte man 4000 und dann 3400), Kantenholz 14.000—16.000 M. (im Frühjahr 1800—2000), Eichenholz in Wolhynien 8000—9000 M., Eichenbretter 25.000 M., Telegraphenstangen 7000, Grubenholz 3500—4500 M. Preise im September für den Kubikmeter loco Verladung: Tannenstämmen 3300 bis 3700, Kiefern 30 Prozent teurer, Grubenholz 2700, Bretter 15.000 bis 15.500, Kanten- und Kiefernholz 13.500, Kiefer: Klobholz 4500 bis 5000, Grubenholz 12.700, Bretter 12.000—16.500, Kantenholz 14.800, Eiche: Klob (50) 1—14.000, 2—10.000, geschnittene 18—22.000, Bretter 15.000, Brettschen 800—1000 M. Eiche: Klob 6600, geschnitten 13.000 M. Eiche: Klob 4000—5000, geschnitten 12.000—14.000. In Warschau kostet ein Kub gehacktes Holz einschließlich Lieferung im Kleinhandel 240 M.

Handelsnachrichten aus Polen.

Großpolnische Landwirtschaftliche Bank. Der Bericht für 1920/21 weist 17.500.000 M. Gründungskapital, über 4.000.000 M. Reserven und 581.194 M. Reingewinn auf. Die Bank arbeitet auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Industrie. Sie exportiert Samen und finanziert Unternehmungen, welche landwirtschaftliche Produkte umsetzen. Der Umsatz betrug 1.624.257.177 M. Der Aufsichtsrat schlägt 24 v. H. Dividende vor.

Preise für Stättenmaterial in Polen. Der Verband der polnischen Eisenhütten hat folgende Preise für Stättenmaterial in Polen festgesetzt:

Robeisen	für 1 kg	126 M.
Handelsblech	1	140
Draht gewalzt	1	155
Zinkblech	1	165
Blech gewöhnl. von 3 mm bis 0,83 mm		210—275 M.
Dachblech von 0,87 mm bis 0,5 mm		245—270

Polnische Erdölgewinnung im September. Der September brachte ein n auffallenden Rückgang in der Erdölgewinnung, da diese nur 3939 Tonnagen betrug, gegen 4768 im Monat August. Ein Rückgang trat in allen Gebieten ein. Im Gebiet von Borslaw betrug die Gewinnung 1639. Im Gebiet von Tumanowice 1500 im Gebiet Wramieca 753 Tonnagen wozu noch eine kleine Menge Ranzöl kommt. An erster Stelle steht mit 525 1/2 Tonnagen die Gesellschaft Silwa Biana, es folgen Golecia mit 491 1/2, Janio mit 454 Naphtha mit 426 und Karpaten mit 362 Tonnagen.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

Neue Ölquellen in Tschechien.

„Robotnik Robot“ meldet aus Egebel, daß am Dienstag, den 8. d. Mts., im Egebeller Naphthalenfeld ein neues Bohrloch unter großem Geräusch eine so große Menge von Öl auszuwerfen begann, daß die ganze Umgebung in kurzer Zeit überflutet wurde. Der ausfließende Ölstrom erreichte eine Höhe von 80 Metern. Die Eruption ist von häufigen Gasexplosionen begleitet.

Das Blatt meint, man könne bei den Bohrungen endlich auf die Hauptquelle der Egebeller Gruben gestoßen zu sein, denn die Menge des ausfließenden Öls sei so groß, daß drei in Läng-

keit gesetzte Pumpen nicht genügen, die herausströmende Menge aufzusaugen.

Nach einer anderen Meldung aus Egebel werden rings um die Petroleumquellen Riesendämme aufgeworfen für die Schaffung eines großen provisorischen Reservoirs, das bereits jetzt einem See gleiche.

Die Naphthalenfelder von Egebel liegen dicht an der mährischen Grenze, in einem durch den Lianon-Vertrag der Tschechoslowakei zugesprochenen ehemals ungarischen Gebiet.

Die Termine der Leipziger Messen. Die Leipziger Mustermessen werden zweimal im Jahre abgehalten. Die Frühjahrsmesse beginnt regelmäßig am Sonntag vor dem ersten Montag im März, die Herbstmesse am letzten Sonntag im August. Die allgemeine Mustermesse und die Baumeße dauern je eine Woche. Die Technische Messe im kommenden Frühjahr versuchsweise drei Tage länger. Demnach beginnt die Leipziger

Frühjahrmesse	Herbstmesse
1922 am 5. März	1922 am 27. August
1923 „ 4. „	1923 „ 26. „
1924 „ 2. „	1924 „ 31. „
1925 „ 1. „	1925 „ 30. „
1926 „ 28. Februar	1926 „ 29. „

Bestellung der finnischen Eisenbahnverwaltung in Deutschland. Die finnische Eisenbahnverwaltung hat einige Brücken bei der Fabrik L.-G. für Eisenindustrie und Brückenbau vorm. Joh. Caspar Carlström in Duisburg bestellt. Bei der Vergabe von Bestellungen haben die finnischen Staatsinstitutionen die Pflicht, finnischen Fabriken den Vorzug zu geben, wenn die inländischen Preise die ausländischen 20 Prozent nicht übersteigen, sonst müssen die Bestellungen den ausländischen Fabriken übergeben werden.

Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	26 November	25. November
Bank Zwiazku I—IX em. (ungest.)	220 + A	220 + A
Bank Handlowy Poznań I—VIII	361 + N	360 + N
Gurtownia Zwiazkowa	140 + A	140 +
Gurtownia Drogerijna	130 + N	130 +
Kwiksi, Potocki i Sta. I—VI	220 + N	220 + N
Patria Zement I—III	220 + N	—
R. Baricowski I—IV em.	—	190 + N
R. Baricowski V em.	160 + N	165 +
Centrala Stör I—III (exkl. Kup.)	350 + A	350 + N
Dr. Roman May I—III	430 +	430 + N
IV	400 + A	410 + N
Patria	350 + N	350 + N
Poznań Spółka Drzewna	1100 + N	—
Tegelski I—VII em.	210 + A	220 - A
Rzymkownia Chemiczna	190 + N	190 + N

Inoffizielle Kurse:

Bank Przemyslowcow	210 + N	210 + N
Bank Jednoczenia	—	210 + N
Zri	120 + N	120 + N
Hartwig Kantorowicz (exkl. Kup.)	500 + N	—
Wagon Czerwona	150 + A	155 + A
Drzewo Bronki	230—235 + N	—
Wisla	750 + N	—
Benzli (exkl. Kup.)	470—490 + N	—
Wielk. Gita Niedzi	230 +	—
Sarmatia	—	350 + A
Orient	160 + N	—
Arcona	—	400—390 + N
Wroch Ceramiczne Potocki	—	140 +
Lucjan Nowinski	—	550 + A

Danziger Börse vom 26. November. Polnische Mark-Noten 824—850. Auszahlung Danzig 810—820, Dollar 293, englische Pfund 1150, Frank 2410.

Hauptverteilung: Dr. Wilhelm Joenckel.

Verantwortlich: für Inhalt, Druck, Anzeigen: Dr. Wilhelm Joenckel; für Foto- und Reproduktionen: Rudolf Herrmann. Für den Anzeigenteil: M. Grunwaldt, Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

